G 2527

50 Jahre phv BW 1973 – 2023

Gymnasium

BADEN-WÜRTTEMBERG

Nr. 9-10/2023

Vertreterversammlung mit Neuwahlen

Zeitschrift des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Inhalt

Editorial *[Ralf Scholl]* 2

Vertreterversammlung des PhV BW
»Man solle schweigen oder Dinge sagen, die noch besser sind als Schweigen« *[Helmut Hauser]* 4

Der zweite Tag *[Edelgard Jauch]* 6

Resolutionen *[PhV BW]* 7

Wie steht die Politik zum Gymnasium in Baden-Württemberg? *[Edelgard Jauch]* 9

50 Jahre PhV BW
Tradition! Leistung! Innovation! Gymnasium! *[Dr. Susanne Lin-Klitzing]* 12

Ein großes Fest für große Leistungen *[Anne Käßbohrer]* 14

Rede zum Festakt
Auszüge aus der Rede von Heike Schmoll *[zusammengestellt von Karin Fetzner]* 17

Die Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum des PhV BW *[Bettina Hölscher]* 20

Die Bildungsmisere überwinden – eine Herkulesaufgabe *[Bernd Saur]* 21

Aktuelles aus dem HPR *[Jörg Sobora]* 24

Aktuelles aus dem HPR asB *[Michael Belz]* 25

Thema aktuell: Die Grünen 26

Unterschriftensammelaktion in Tübingen und Heidenheim *[Cord Santelmann]* 27

Vorankündigung Wahl der Arbeitnehmervertretung *[Ursula Kampf]* 27

Mitteilung der E-Mail-Adresse *[Ralf Scholl]* 27

Wissensrückstände nachholen, Unterrichtsinhalte vertiefen *[Verena König]* 28

Der Philologenverband Baden-Württemberg trifft ... *[Karin Fetzner, Martina Scherer]* 29

Abitur, quo vadis? *[Andrea Pilz, Stefanie Wölz]* 30

Wahlaufruf der JuPhi *[Laura Schönfelder]* 31

Titelbild: Collage zum 50-jährigen Jubiläum
(Foto: Foto Fabry, Ettlingen)

Redaktionsschluss:
Nov.-Dezember-Ausgabe: 6. November 2023,
Januar-Februar-Ausgabe: 27. Dezember 2023.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung).

Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden!
Enver Groß | enver.gross@phv-bw.de
Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

das neue Schuljahr hat begonnen, aber das Ereignis, das den meisten Kolleginnen und Kollegen die Sprache verschlagen hat, fand schon Anfang der großen Ferien statt:

Werbeplakat ‘Gelandet und keinen Bock auf Arbeit morgen?’

Das Kultusministerium hatte dieses Riesenplakat im Ankunftsbereich des Stuttgarter Flughafens aufgehängt *(Abbildung 1)*.

Der Protest von Lehrkräften und Lehrerverbänden gegen diese unbeabsichtigte, aber eindeutige Verunglimpfung des Lehrerberufs führte zu einer Welle der Entrüstung nicht nur in den sozialen Medien. Hier ein Mini-Auszug:

> **Native** (5. August 2023, 17:00 Uhr)
> *Was ist los in the Länd? Schlussverkauf an der pädagogischen Resterampe mit Quereinsteigern? Kommen jetzt Schiffschaukelbremser und ausgebrannte Tourismusanimateure zur Bewältigung der Zeitenwende? Steigert das unser Bildungsniveau? Fragen über Fragen!*
>
> **Ralph Scheffold** (7. August 2023, 21:15 Uhr)
> *Coole Antwort. Mit Humor, treffsicher, in der Sache korrekt, niemand verletzend. Das erweckt – zumindest meine Aufmerksamkeit. Wollen Sie nicht das Kultusministerium beraten? Oder ist Ihnen das dort zu niveaulos?*

Nicht nur von der baden-württembergischen Presse und vom SWR, sondern auch deutschlandweit (Spiegel, Welt, RTL, Süddeutsche, Zeit – einschließlich einer Martenstein-Glosse, Tagesschau, ZDF-heute, vodafone, MSN) und sogar in Österreich und der Schweiz (NZZ) wurde darüber ausführlich und meist mehrfach berichtet.

Nach einer guten Wochen ruderte das Kultusministerium dann zurück und ließ das Plakat abändern, sodass die Aussage dann (nach Aussage des KM) der eigentlichen Absicht entsprach *(Abbildung 2)*.

Dass die Kultusministerin mit ihrer sicherlich korrekten Aussage: *»Es war nie unser Ansinnen, auch nur eine Lehrkraft mit diesem Plakat zu diskreditieren. Bei uns ist niemand überhaupt nur auf die Idee gekommen, Lehrkräfte mit dem Attribut faul in Verbindung zu bringen«* alles ins Lot gebracht hat, bezweifle ich sehr.

In einem persönlichen Telefonat habe

Abbildung 1

Abbildung 2

ich ihr dringend geraten, die Lehrkräfte für diesen Fauxpas um Entschuldigung zu bitten. Denn deren Verletzungen bleiben auch nach der Abänderung dieses Plakats bestehen. Und dass gerade besonders engagierte Lehrkräfte sich betroffen fühlen, weiß ich aus einer Vielzahl von E-Mails unserer Mitglieder, die sich an mich gewandt haben, um sich in ihrer Fassungslosigkeit, Enttäuschung, Frustration und teilweise auch Wut Luft zu verschaffen.

Folgende drei Fragen hat der Philologenverband Baden-Württemberg in seiner zweiten Pressemitteilung vom 9. August öffentlich gestellt:

1. Wie konnte dieses Plakat überhaupt aufgehängt werden? Gab es keine interne Kontrolle?
2. Wieso dauerte es eine Woche, bis auf den sinnentstellenden Fehler reagiert wurde?
3. Wann erfolgt eine Entschuldigung bei den Lehrkräften, die von der Aussage auf diesem Plakat verletzt wurden?

Diese Fragen wurden bis heute seitens des Kultusministeriums nicht beantwortet.

Bildungsmonitor 2023

Der alljährliche ‘Bildungsmonitor’ der ‘Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft’ (https://www.insm.de/insm/themen/bildung/insm-bildungsmonitor-2023) sah Baden-Württemberg 2023 mit 49,9 Punkten auf dem 5. Platz im Bundesländervergleich. Und dies mit einem Abstand von 14,4 Punkten zum erstplatzierten Sachsen und von nur noch 12,6 Punkten zum letztplatzierten Bremen sowie dem größten Einbruch aller Bundesländer im 10-Jahres-Vergleich: 9,6 Punkte. Auch wenn die untersuchten Kriterien dieser Studie nicht unumstritten sein können: Dass wir uns Bremen nicht sogar bis auf 4,1 Punkte angenähert haben, liegt nur daran, dass sich Bremen als zweitgrößter Verlierer in diesen 10 Jahren ebenfalls um 8,5 Punkte verschlechtert hat. Die besten Gegenbeispiele sind das Saarland und Hamburg mit Zugewinnen um 5,4 bzw. 7,1 Punkten – und heute mit 48,6 bzw. 54,1 Punkten auf Augenhöhe bzw. klar vor uns auf den Plätzen 6 bzw. 4.

Wie das Kultusministerium Baden-Württemberg das Land nach diesen Ergebnissen auf »dem richtigen Weg« sehen kann und kommentieren kann: »Das Land zähle zusammen mit Sachsen, Hamburg, Thüringen und Bayern zur Spitzengruppe im Bundesländervergleich.« erschließt sich nicht. Dazu bedarf es schon einer überaus eingeengten Sichtweise.

Gespannt dürfen wir daher auf die VERA-8-Ergebnisse sein, die für Mitte September erwartet werden. Dass diese gut ausfallen werden, kann jetzt schon bezweifelt werden.

G9-jetzt!

Für den Volksantrag der Initiative G9-jetzt!-BW (https://g9-jetzt-bw.de) können noch bis zum 11. November Unterschriften gesammelt und bestätigt werden. Der 11. November ist Stichtag für die letzten Bestätigungen. Mitte September fehlten nur noch etwas über 9000 Unterschriften. Jetzt heißt es also Endspurt!

Haben Sie und alle Ihre Familienmitglieder, Freunde und Bekannten schon unterschrieben? Wenn nicht, tun Sie es bitte! Die Formulare finden Sie hier: https://g9-jetzt-bw.de/wp-content/uploads/2023/02/Formblatt-VAntrag-BW-2.2.pdf

Haben Sie ein Kind oder einen Enkel im Kindergarten oder in der Grundschule? Dann nehmen Sie doch zehn oder zwanzig Unterschriftenformulare mit und fragen Sie die anderen Eltern, ob Sie auch bereit sind, zu unterschreiben! (Neunzig Prozent werden dazu bereit sein und vielleicht verteilen ja sogar einige Erzieherinnen die Unterschriftenblätter?)

Die unterschriebenen Formulare mit den noch nicht bestätigten Unterschriften schicken Sie bitte bis spätestens Anfang November an die PhV-Geschäftsstelle oder direkt an die *G9-jetzt-Inititative!* Diese Formblätter werden dann zur Bestätigung per Post an die Bürgerämter geschickt. Das können Sie natürlich auch selbst tun. Der Aufwand, um diese Bestätigungen einzuholen, ist ja der eigentlich kritische Punkt: Wer hat schon so viel Zeit, das selbst persönlich zu erledigen?

Jetzt im Endspurt müssen wir alle die G9-Initiative unterstützen! So nahe wie jetzt waren wir noch nie an G9! Für diesen Volksantrag müssen wir nur genügend Unterschriften sammeln, damit die Parteien endlich(!) gezwungen sind, im Landtag über das G9-Gesetz zu debattieren und abzustimmen!

Bleiben Sie wohlgemut und optimistisch! Nur mit einer solchen Einstellung werden wir gemeinsam auch in dieser schwierigen Zeit – insbesondere angesichts der Vielzahl an Herausforderungen – uns nicht nur irgendwie über Wasser halten, sondern locker wie die Enten durchschwimmen.

Mit den besten Grüßen
Ihr

Ralf Scholl

»Man solle schweigen oder Dinge sagen, die noch besser sind als Schweigen«

Mit diesem 'Satz des Pythagoras' leitete Ralf Scholl seinen Vorstandsbericht bei der Vertreterversammlung am 13. Juli 2023 im Pforzheimer CongressCentrum ein.

Die Teilnehmenden an der Vertreterversammlung

Besser als Schweigen war für Scholl unter anderem der Hinweis auf eine Umfrage des VBE unter den Lehrkräften an Gemeinschaftsschulen mit überwiegend von Unzufriedenheit geprägten Antworten der Befragten, welche Scholl seiner Zuhörerschaft ausführlich erläuterte.

Ebenso ging er auf Kretschmanns provokative Aussage zum Französischunterricht ein. Dieser hatte den Erwerb der französischen Sprache vor dem Hintergrund von Übersetzungsprogrammen als verzichtbar erscheinen lassen.

Ferner äußerte sich Scholl zum von der Landesregierung eingesetzten Bürgerforum G9. Er vermute, dass die Landesregierung damit Zeit gewinnen wolle und möglicherweise auch mit Blick auf neutrale Beteiligte vorrangig gegen G9 sprechende Argumente sammeln wolle. Möglicherweise sehe Kretschmann dies bei einem Erfolg des laufenden Volksantrags aber auch als Schlüssel für ein Umschwenken der Grünen. Die Grünen seien nämlich inzwischen die einzige Partei, die sich noch gegen eine flächendeckende Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums in Baden-Württemberg ausspreche.

Scholl informierte auch über eine Initiative aus der Wirtschaft, die einen durchgängigen Informatikunterricht fordere. Nach Meinung von Scholl sei dies nur im neunjährigen Gymnasium leistbar, was ein weiteres Argument für G9 sei.

Eine wichtige Forderung des Philologenverbandes sei, dass der Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schularten nicht beliebig sein darf. Wenn die Eltern nicht mit der Grundschulempfehlung einverstanden seien, könne ein Test sinnvoll sein.

Weiteres Thema in den Ausführungen des Landesvorsitzenden war das höchstrichterliche Urteil zum Arbeitszeiterfassungsgesetz, das explizit auch auf die Beamtenschaft und damit auch auf alle Lehrkräfte anzuwenden sei. Das Kultusministerium mauere diesbezüglich und äußere sich nicht, wie es sich die Umsetzung im Schulbereich vorstelle. Dieses Thema sei eines der wichtigsten für die zukünftige Agenda des Verbandes. Konkret müsse eine Klage erwogen werden.

Besser als schweigen ist sicherlich auch die Aufzählung der Erfolge, die der PhV seit der letzten Vertreterversammlung erzielen konnte. Scholl nannte diesbezüglich vor allem folgende Themen:

- **Bezahlung der Lehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis über die Sommerferien**
  Dies sei ein gemeinsamer Erfolg aller Lehrerverbände, die dies Jahre lang immer wieder gefordert hatten.
  Leider konnte eine Bezahlung über die Sommerferien für die nach dem Referendariat neu eingestellten Lehrkräfte bisher nicht erreicht werden.
- **Eigener Ausstellungsstand bei der diesjährigen *didacta***
  Der PhV BW konnte sich zusammen mit dem Dachverband DPhV gut den Messebesucherinnen und -besuchern präsentieren und mit vielen von ihnen ins Gespräch kommen. Für den G9-Volksantrag konnten dabei rund 1000 Unterschriften gesammelt werden. Außerdem konnte der PhV zahlreiche Neueintritte verzeichnen.
- **Erfolgreicher Start der Unterschriftensammlung zum Volksantrag »G9 jetzt!«**
  Der Philologenverband Baden-Württemberg unterstützt den Antrag der diesbezüglichen Elterninitiative und stand den Initiatorinnen auch mit juristischer Beratung zur Seite.
- **Erweiterung unserer Zusatzleistungen für die Mitglieder um eine kostengünstige und umfassende private Haftpflichtversicherung**
  Dieses Angebot nutzen inzwischen einige hundert Mitglieder.
- **18 Punkte Programm des Kultusministeriums zur 'Sicherung der Lehrerversorgung'**
  Unsere Analyse und Kritik daran ist bekannt, hatte aber bislang keinen Erfolg.

Abschließend dankte Ralf Scholl seinen beiden Stellvertreterinnen Karin Fetzner und Martina Scherer sowie allen Mitarbeitenden der Geschäftsstelle für ihre geleistete Arbeit, nicht zuletzt auch in der Vorbereitung dieser Vertreterversammlung und des damit verbundenen Festaktes.

Der Schatzmeister Martin Brenner erläuterte detailliert die Kassenberichte der Jahre 2021 und 2022 sowie den Kassenzwischenbericht für das laufende Jahr 2023. Im Jahr 2021 blieben die Ausgaben deutlich unter dem Ansatz des Haushaltsplanes, da viele Veranstaltungen wegen der Pandemie nicht oder zumindest nicht in Präsenz stattfinden konnten. Für das Jahr 2022 konnte er Mehreinnahmen verkünden, die zum Teil durch die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, aber auch durch Rückführungen der Bezirksverbände generiert wurden. Brenner konnte auf solide Rücklagen bei einer stabilen Mitgliederentwicklung verweisen.

Nach seinem Bericht legte er einen Nachtragshaushalt für 2023 vor. Dieser war notwendig geworden, da bei der Aufstellung des Haushaltsplan 2023 der Festakt zum 50-jährigen Jubiläum noch nicht absehbar war. Der vorgelegte Entwurf wurde bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltung genehmigt.

Nach ausführlicher Erläuterung stimmten die Delegierten auch dem Haushaltsplanentwurf für 2024 einstimmig bei wenigen Enthaltungen zu.

Nach dem Bericht der Kassenprüfer, die eine einwandfreie lückenlose Kassenführung bescheinigten, wurde Martin Brenner bei wenigen Stimmenthaltungen einstimmig entlastet. Danach erfolgte die Entlastung des gesamten Landesvorstands ebenfalls einstimmig bei wenigen Enthaltungen.

Turnusgemäße Neuwahlen

Hierfür traten jeweils die Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber als einzige Bewerbende an. Sie hatten jeweils Gelegenheit für eine kurze Bewerbungsrede. Da einige der Kandidierenden nicht mehr für die volle Wahlperiode von fünf Jahren zur Verfügung stehen, war es besser als zu Schweigen, dass diese transparent ihre Zukunftspläne darstellten.

>> Die Wiedergewählten freuen sich über den Ausgang der Wahlen, v.l.n.r.: Martin Brenner, alter und neuer Schatzmeister, Martina Scherer und Karin Fetzner, beide stellvertretende Vorsitzende des PhV BW und Ralf Scholl, Vorsitzender des PhV BW

Wahl des Landesvorsitzenden

Ralf Scholl erklärte, dass er aus persönlichen Gründen nicht mehr für die gesamte Wahlperiode zur Verfügung stehe und sein Amt voraussichtlich nach einem Jahr niederlegen werde. Seine Kandidatur für diesen Zeitraum begründete er mit den im Jahr 2024 anstehenden Wahlen für die Stufenpersonalräte. Er wolle sich daher weiterhin intensiv für den Philologenverband Baden-Württemberg einsetzen. Besonderes Augenmerk werde er dabei neben dem Wahlkampf auf die Unterstützung des Volksantrags »G9 jetzt!« legen.

Ralf Scholl wurde mit 74,1Prozent der abgegebenen Stimmen in seinem Amt bestätigt.

Wahl zweier stellvertretenden Landesvorsitzenden

Martina Scherer bewarb sich für eine dieser Positionen. Sie stellte sich für die gesamte Wahlperiode zur Verfügung. Als Motivation für die Kandidatur nannte sie, diskreditierenden Äußerungen von Politkern gegen den Lehrerberuf entgegentreten zu wollen, wie zum Beispiel von unserem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, der sinngemäß äußerte, »die Lehrer sollen sich nicht so anstellen wegen einer Stunde mehr Arbeit«. Außerdem wolle sie modernen Bildungsideologien entgegenwirken, die uns mit unserem Einsatz für das Gymnasium als böse Gegenspieler für eine ‘Schule der Zukunft’ darstellten.

Martina Scherer wurde mit 85,9 Prozent der Stimmen in ihrem Amt bestätigt.

Ebenso stellte sich **Karin Fetzner** zur Wiederwahl. In ihrer Vorstellungsrede stellte sie klar, dass sie altershalber nurmehr maximal zwei Jahre das Amt ausüben und es danach in jüngere Hände übergeben möchte. In ihrem Redebeitrag verwies sie auf ihre bisherige Amtsführung zu der u.a. die Wahrnehmung zahlreicher Außentermine, die Koordination der Erstellung der Musterlösungen für die Abiaufgaben und die Erstellung der Festschrift zum 50-jährigen Verbandsjubiläum gehörte. Ihre wichtigste Aufgabe bei einer Wiederwahl sehe sie in der Leitung der Wahlkampfkommission, die sie in einem Dreierteam übernommen habe. Wichtig sei ihr die Darstellung, dass der PhV der einzige originäre Vertreter des Gymnasiums sei. >>

Karin Fetzner wurde mit 77,2 Prozent der Stimmen in ihrem Amt bestätigt.

Wahl eines Schatzmeisters

Auch bei dieser Wahl war der Amtsinhaber **Martin Brenner** einziger Kandidat. Er erklärte, die volle Amtszeit von fünf Jahren ausfüllen zu wollen. Er beabsichtige aber, danach nicht für eine weitere Amtszeit zu kandidieren. Im Rückblick auf sein bisheriges Wirken verwies er vor allem auf die erfolgreiche Umsetzung einer notwendig gewordenen Beitragsanpassung. Neben seinen vom Ressort gegebenen Aufgaben wolle er seinen Schwerpunkt in der neuen Amtszeit auf das Thema Lehrerarbeitszeit legen, das ihm sehr am Herzen liege. Gegebenenfalls würde er auch eine diesbezügliche Klage begleiten.

Martin Brenner wurde mit 92,2 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt.

Wahl der Kassenprüfer

Gewählt wurden **Anne Käßbohrer** und **Heinz-Dieter Turbon**. Als Stellvertreter wurden **Dominik Diemer** und **Matthias Schenkel** gewählt.

Wahl der zusätzlichen Mitglieder des Finanzausschuss

Zu wählen waren vier Mitglieder, aus jedem Bezirksverband eine Person, sowie jeweils eine Stellvertretung.

Gewählt wurden **Jürgen Harich, Martina Scherer, Jochen Baumann** und **Philipp Dürr**. Stellvertreter sind **Konrad Oberdörfer, Björn Sieper, Christian Unger** und **Ingrid Wagenhuber**.

Wahl der Mitglieder des Schlichtungsausschusses

Zu wählen waren vier ordentliche Mitglieder und vier Ersatzmitglieder, aus jedem Bezirksverband je eine Person. Gewählt wurden **Claudia Hildenbrand, Nathalie Schuhmacher-Grauer, Anne Käßbohrer** und **Heinz Einwiller** als ordentliche Mitglieder sowie **Gabriele Müller-Blechschmidt, Roland Stolz, Andrea Pilz** und **Claudia Schnitzer** als stellvertretende Mitglieder.

Ehrenmitglieder und Ehrenvorsitzende

Auf Antrag des Landesvorstandes wurden die folgenden langjährigen und verdienten früheren Landesvorsitzenden **Karl-Anton Christoph, Volker Stich** und **Karl-Heinz Wurster** zu Ehrenvorsitzenden ernannt.

Ebenfalls auf Antrag des Landesvorstands wurde die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, **Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing**, zum Ehrenmitglied ernannt. Lin-Klitzing war in früheren Jahren auch in verschiedenen Funktionen im Philologenverband Baden-Württemberg aktiv.

Resolutionen

Als Abschluss des ersten Teils der Versammlung verabschiedeten die Delegierten noch eine Resolution zur Bildungsqualität sowie eine Resolution zum Lehrkräftemangel, deren Wortlaut Sie auf *Seite 7 ff.* nachlesen können.

Helmut Hauser

Der zweite Tag

Nach der Podiumsdiskussion mit den Politikern ging es am Freitag, dem 14. Juli 2023, wieder um PhV-Interna, die die Vertreterversammlung beschließen musste.

Zunächst brachte Björn Sieper als Vorsitzender der Satzungskommission Anträge des Landesvorstands zur Abstimmung ein. Dabei wurden einfache Änderungen der Satzung, zum Beispiel Gesetzesangleichungen oder Anpassungen an mittlerweile faktische elektronische Praxis en bloc abgestimmt. Es kam zu einem durchweg positiven Abstimmungsergebnis, da immer deutlich die erforderliche Zweidrittelmehrheit erzielt bzw. überschritten wurde.

Eine längere, zum Teil kontroverse Diskussion gab es lediglich zu den Änderungsanträgen zu § 11 e) in Verbindung mit § 14 Abs. 2 und 3. Es ging darum, dass sowohl die Arbeitnehmervertretung als auch die Seniorenvertretung mit Stimmrecht im Landesvorstand vertreten sein soll. Der Antrag im Blick auf die Arbeitnehmervertretung wurde von der Vertreterversammlung positiv beschieden, der im Blick auf die Seniorenvertretung negativ, er erreichte nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Ebenso abgelehnt wurde der Antrag zu § 21 Abs. 4 a), der eine Wahlmöglichkeit von PhV-Mitgliedern im Ruhestand in den Vorstand im Fall von weiteren Bewerbungen aktiver PhV-Mitglieder verhindert hätte.

Nach dem Mittagessen wurden sowohl zwei Resolutionen zur Bildungsqualität und zum Lehrkräftemangel als auch Anträge an den Landesvorstand beraten und verabschiedet.

Weiterhin gab es eine kurze Diskussion über Positionierungen des Philologenverbandes Baden-Württemberg zu aktuellen bildungs- und berufspolitischen Themen. Dabei wurde hervorgehoben, dass für Gymnasiallehrkräfte die amtsangemessene Besoldung nach den letzten Erhöhungsrunden mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr gegeben ist, weil die Abstände zu den anderen Besoldungsgruppen nach Ansicht des Philologenverbandes nicht mehr stimmig sind. Dieses komplexe Thema wird weiterverfolgt werden.

Zum Abschluss bedankte sich der Vorsitzende Ralf Scholl bei allen Akteuren, die zu den äußerst gelungenen zwei Tagen beigetragen haben, herzlich.

Edelgard Jauch

Resolution ...

... zur Bildungsqualität

Die Vertreterversammlung 2023 des Philologenverbandes Baden-Württemberg stellt fest:

Seit Jahren schneidet Baden-Württemberg in nationalen Bildungsrankings wie IQB Bildungstrend, Vera 8 usw. immer wieder dramatisch schlecht ab und ist derzeit nur noch Mittelmaß. Die Landesregierung versucht mit ihrem Qualitätskonzept, das viele Maßnahmen wie die im Schulgesetz verankerte datengestützte Schulentwicklung, den Referenzrahmen Schulqualität, Fokus Unterricht, die Einführung von Statusgesprächen, die Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen Schulleitungen und Regierungspräsidium nach sich zieht, dagegen zu wirken und bezeichnet ihren Lösungsansatz als Paradigmenwechsel.

Die Vertreterversammlung des Philologenverbandes Baden-Württemberg sieht seit Jahren die Problematik und ist damit einverstanden, dass die Worte 'Qualität' und 'Leistung' wieder in den Blick genommen werden.

Allerdings sollte hier nicht einseitig bei Lehrkräften angesetzt werden, sondern gerade auch bei den Schülerinnen und Schülern. Was nützen eine Noteninflation bei immer schlechteren objektiven Ergebnissen und immer bessere Abiturschnitte bei mangelnder Studier- und Ausbildungsfähigkeit?

Völlig außer Acht gelassen wird, dass diese Umwälzungen letztendlich bereits jetzt überlastete Schulleitungen und Kollegien, wie jede Arbeitszeitstudie (zum Beispiel LAiW des DPhV) zeigt, zu tragen haben.

Daher fordert die Vertreterversammlung des Philologenverbandes Baden-Württemberg:

1. **Wiedereinführung einer verbindlicheren Grundschulempfehlung**
   Der alleinige Elternwille ist trotz verpflichtendem Beratungsgespräch nicht zielführend beim Übergang an weiterführende Schulen. Hier muss der Schutz überforderter Schülerinnen und Schüler mehr Gewicht haben.

2. **Der Bildung die nötige Zeit geben**
   Die Aufgaben von Schule sind über die Jahre immer größer geworden, angefangen von Berufsorientierung und dringend notwendiger Medienbildung bis zuletzt dem Auffangen der psychosozialen Probleme der Schülerinnen und Schüler.

   Als letztes westliches Flächenbundesland Deutschlands muss auch Baden-Württemberg in Zukunft wieder flächendeckend ein qualitativ hochwertiges G9 anbieten, angelehnt an die Konzeption des Philologenverbandes Baden-Württemberg mit durchgängigem Informatik-Unterricht.

   G9-Konzeption des Philologenverbandes Baden-Württemberg
   https://www.phv-bw.de/g9-konzeption-des-phv-bw/

3. **Lehrkräfte müssen sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können**
   Statt in Arbeitsgruppen schulintern Aufgaben zu bearbeiten, die die Schulverwaltung zur Verfügung stellen könnte, und zum Beispiel Digitalisierungskonzepte zu entwickeln nebst Wartung von digitalen Endgeräten, muss die ganze Konzentration von Lehrkräften auf der Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern liegen.

4. **Leistungsgerechte Schülerrückmeldungen**
   Schülerinnen und Schüler haben das Recht, realistisch beurteilt zu werden. Sie haben dadurch die Möglichkeit, sich zu verbessern und ihr gesamtes Potenzial auszuschöpfen. Echte Erfolgserlebnisse erhöhen die Motivation und die Leistungsfähigkeit.

5. **Gute Ausbildung der Referendarinnen und Referendare**
   Statt den Referendarinnen und Referendaren eine Stunde mehr Unterrichtsverpflichtung aufzubürden sollte im Gegenteil das Referendariat wieder auf 24 Monate verlängert und damit den Referendarinnen und Referendaren die Möglichkeit gegeben werden, zwei Schulen kennenzulernen, wobei das erste Jahr wieder ohne Beurteilung, aber zur soliden Vorbereitung im Sinne einer echten Qualitätsentwicklung genutzt wird.

Philologenverband Baden-Württemberg
Vertreterversammlung am 13. und 14. Juli 2023 in Pforzheim

... zum Lehrkräftemangel

Die Vertreterversammlung 2023 des Philologenverbandes Baden-Württemberg stellt fest:

Der Mangel an Lehrkräften in allen Schularten, zunehmend auch am allgemeinbildenden Gymnasium, wird seit Langem in der bundesdeutschen Öffentlichkeit diskutiert. Dabei werden auch viele kontraproduktive Maßnahmen diskutiert und in manchen Bundesländern umgesetzt, zum Beispiel die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung. Einige solcher schädlicher Maßnahmen werden nun auch von der Landesregierung geplant, so die Einschränkung der Teilzeitmöglichkeit aus 'sonstigen Gründen'.

Die Vetreterversammlung fordert stattdessen die rasche Umsetzung des vom PhV BW-Landesvorstand am 8. Februar 2023 vorgelegten '6-Punkte-Forderungskatalogs zur Behebung des Lehrermangels'. >>

Foto: Foto Fabry, Ettlingen

Daher fordert die Vertreterversammlung des Philologenverbandes Baden-Württemberg:

Der von der Politik hausgemachte Lehrkräftemangel darf nicht durch eine Vergrößerung der Klassen oder eine Erhöhung der Lehrkräfte-Unterrichtsverpflichtung auf dem Rücken von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften ausgetragen werden. Wenn die Landesregierung ausreichend in den Bildungsbereich investiert, kann dem Lehrkräftemangel durch folgende Maßnahmen begegnet werden:

1. **Antizyklische, nachhaltige Einstellungspolitik**
   Zur langfristigen Sicherung der Lehrkräfteversorgung muss die Landespolitik in Richtung nachhaltige, antizyklische Einstellungspolitik umsteuern: In guten Zeiten, wenn ausreichend Berufsanfänger zur Verfügung stehen, muss das Land über den unmittelbaren Bedarf hinaus Lehrkräfte einstellen, damit in Zeiten des Lehrkräftemangels ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Eine gute Lehrkräfteversorgung kann zur Verringerung der Klassenstärken, für zusätzliche Förderangebote und die Verringerung der Unterrichtsverpflichtung genutzt werden.

2. **Berufsziel ‘Lehrkraft’ in der Berufs- und Studienorientierung an den Schulen stärken, Lehramtsstudierende unterstützen**
   Das Berufsziel ‘Lehrkraft’ muss einen besonderen Stellenwert im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung an den Schulen bekommen, um mittelfristig Lehrkräfte-Nachwuchs zu gewinnen. Die Förderung von Lehramtsstudierenden nach dem Modell MiLeNa der RWTH Aachen könnte in Baden-Württemberg helfen, leistungsstarke Abiturientinnen und Abiturienten für den Beruf der Lehrkraft zu gewinnen und im Studium zu unterstützen.

3. **Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Gymnasien**
   Die Attraktivität des gymnasialen Lehramts muss durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen deutlich gesteigert werden. Insbesondere die Konzentration der Lehrkräfte-Arbeitszeit auf ihr eigentliches Kerngeschäft, den Unterricht, muss jetzt angegangen werden: Eine generelle Aufgabenkritik, der Ausgleich von außerunterrichtlichen Aufgaben durch Anrechnungsstunden und vor allem die Verlagerung von organisatorischen Aufgaben auf eine zusätzliche Verwaltungskraft muss dabei mit Tempo angegangen werden.

4. **Verbesserung von Bezahlung, Beförderung und Aufstiegsmöglichkeiten**
   Um langfristig die Besten eines Jahrgangs (auch in MINT-Fächern) für ein Lehramtsstudium und den gymnasialen Lehrerberuf zu gewinnen, müssen Bezahlung, Beförderung und Aufstiegsmöglichkeiten im gymnasialen Lehramt deutlich verbessert werden.

5. **Einstellungsperspektive für Nichterfüller, Quer- und Seiteneinsteiger**
   Für langjährig befristet eingestellte Lehrkräfte (‘Nichterfüller’), Quer- und Seiteneinsteiger in Mangel- und Engpassfächern oder pädagogisches Personal aus anderen Schulbereichen, muss eine berufsbegleitende Nachqualifikation zum Erwerb didaktischer und methodischer Kenntnisse angeboten werden, die qualitativ mit dem Referendariat vergleichbar und parallel zum Unterricht zu bewältigen ist. Hier liegt ein erhebliches Potenzial für die Gewinnung von qualifizierten Lehrkräften. Eine solche Nachqualifikation muss durch eine bezahlte Teilfreistellung vom Unterricht ermöglicht werden. Die Lehrbefähigung kann am Ende der Zusatzqualifikation durch Lehrproben nachgewiesen werden und in die Einstellung als beamtete Lehrkraft oder ggf. als ‘Erfüller’ im Arbeitnehmerverhältnis münden und damit eine langfristige Perspektive für alle Beteiligten schaffen.

6. **Altersermäßigung verbessern**
   Damit der Großteil der Lehrkräfte länger im aktiven Dienst bleiben kann, muss die Altersermäßigung deutlich erhöht werden. Wenn Lehrkräfte ab 55 Jahren zwei Wochenstunden, ab 60 vier Wochenstunden und ab 64 sechs Wochenstunden Altersermäßigung bekämen, würde eine große Zahl deutlich länger im Dienst bleiben.

7. **Altersteilzeitregelung für alle Lehrkräfte**
Außerdem muss die Altersteilzeitregelung, die derzeit nur für Schwerbehinderte gilt, auf alle verbeamteten und Arbeitnehmer-Lehrkräfte ausgedehnt werden, um die vorzeitige Pensionierung aus gesundheitlichen Gründen zu verhindern.

Duale Lehrerausbildung
Was das Projekt des Kultusministeriums für eine '**Duale Lehrerausbildung**' angeht, fordert der Philologenverband Baden-Württemberg bezüglich des Lehramts an allgemeinbildenden Gymnasien:

- dass eine solche 'Duale Lehrerausbildung' nicht zulasten des **akademischen Niveaus** des universitären gymnasialen Lehramtsstudiums gehen darf,
- dass die Expertise der **Seminare für Lehrerbildung** erhalten und weiterhin voll für die praxisbezogene pädagogisch-didaktische Lehrerbildung genutzt werden muss,
- dass die **Lehrkräfte an den Schulen**, die studentische Praktikanten und Referendare betreuen, für diesen Mehraufwand einen angemessenen Ausgleich in Form von Anrechnungsstunden bekommen,
- dass unvollständig ausgebildete **studentische Praktikanten** nicht als 'Hilfslehrkräfte' missbraucht werden, um die Unterrichtsversorgung zulasten der Unterrichtsqualität zu verbessern.

Philologenverband Baden-Württemberg
Vertreterversammlung am 13. und 14. Juli 2023 in Pforzheim

>> *v.l.n.r.:* **Dr. Alexander Becker (CDU), Thomas Poreski (Die Grünen), Dr. Timm Kern (FDP) und Dr. Stefan Fulst-Blei (SPD) auf der Podiumsdiskussion**

Podiumsdiskussion

Wie steht die Politik zum Gymnasium in Baden-Württemberg?

Der zweite Tag der Vertreterversammlung wurde mit einem weiteren Highlight eingeleitet, mit einer Podiumsdiskussion der bildungspolitischen Sprecher der etablierten Landtagsparteien.

Claudia Grimm, die von Beginn an die Diskussion souverän leitete, durfte die Landtagsabgeordneten Thomas Poreski (Grüne), Dr. Alexander Becker (CDU), Dr. Stefan Fulst-Blei (SPD) sowie Dr. Timm Kern (FDP/DVP) begrüßen.

Bei der einleitenden Frage, was die Politiker mit dem Gymnasium verbindet, wurde schnell deutlich, dass sehr persönliche Erfahrungen prägend waren und sind: beeindruckende Lehrerpersönlichkeiten, insbesondere in den sozialwissenschaftlichen Fächern (Poreski), die eigene Lehrerkarriere (Kern), ebenso die Lehrerkarriere in Verbindung mit den Schulkarrieren der eigenen Kinder und dem Wunsch nach G9 zumindest als Schulversuch (Fulst-Blei) sowie auch die Erfahrung, dass es für das intensive außerschulische, in seinem Fall musikalische Engagement Zeit braucht (Becker).

Da das Thema G8/G9 schon angeschnitten worden war, führte dies Claudia Grimm nahtlos zu der Frage, wie es mit der Strukturdebatte über die Schule bestellt sei, da der Koalitionsvertrag diese ja ausgeschlossen hatte.

Dass man sich mittlerweile in einem mehr oder weniger offenen Diskurs über das Gymnasium der Zukunft befindet, konnte niemand mehr leugnen. Es wurden aber schnell unterschiedliche Positionen deutlich. Poreski betonte, die Diskussion um G9 eröffne die Möglichkeit des Abiturs im eigenen Takt, aber gleichzeitig müsse >>

>> »Nicht nur Verhaltens-, sondern Verhältnisprävention!« Lehrkräftegesundheit im Focus

der Stoff in der Unter- und Mittelstufe reduziert werden. Er würde es sogar priorisieren, wenn die Umstellung nicht von unten her stattfinde, sondern »im laufenden Betrieb«. Die Sprecher von CDU, FDP und SPD gingen darauf nicht ein und waren sich einig: Alle Argumente für G9 oder einer Parallelführung von G8/G9 liegen auf dem Tisch.

Die Opposition betonte, das vom Ministerpräsidenten ins Leben gerufene Bürgerforum sei ein Ablenkungsmanöver. Mit G8 werde ein Fehler tradiert, es sei weder bei der Einführung noch später pädagogisch unterfüttert worden und bei einer aktuellen Übertrittsquote von 45 Prozent sei es eindeutig, dass man zwei Geschwindigkeiten brauche an der seit Jahrzehnten am häufigsten gewählten Schulart: G8-Schnellläuferklassen für besonders Begabte und G9 als Regelform. Zudem: Wer nach dreieinhalb Jahren Corona immer noch diskutieren wolle, solle in Schulen gehen und sich die Probleme von innen ansehen (Fulst-Blei). Die Regierung müsse endlich handeln und die Probleme anpacken, anstatt sie durch taktische Manöver vertagen zu wollen.

Dies gelte auch für die Digitalisierung an den Schulen. Cord Santelmann (Referat IT/Medien im Philologenverband Baden-Württemberg) erhielt das Wort. Er wollte konkrete Antworten für zentrale Aspekte des Themas: Was ist zu tun, damit die Gymnasien die Anforderungen der Digitalisierung bezüglich Unterricht, Geräteausstattung, Netzwerktechnik, Internetanbindung und digitaler Bildungsplattform gut bewältigen können?

Kern argumentierte, man müsse langfristig denken, das Kooperations*verbot* mit dem Bund müsse neu organisiert werden hin zu einem Kooperations*gebot* zwischen Bund und Ländern in diesem Bereich. Hier müsse die Föderalismusreform der vergangenen Jahrzehnte korrigiert werden. Er plädierte für einen ‘digitalen Hausmeister’ an den Schulen, digitale Kompetenz müsse gleichberechtigt zu Gesellschaftswissenschaften und Naturwissenschaften gelehrt werden. Medienkompetenz bedeute auch, Texte wirklich verstehen zu können, quellenkritisch zu sein und sich eine Mediensouveränität zu erarbeiten.

Becker betonte, es gehe um große Summen. Die gemeinsame Finanzkommission zwischen Land und Kommunen wolle noch in diesem Jahr zu finanziellen Vereinbarungen kommen. Zudem werde der Digitalpakt II des Bundes erwartet.

Auch Fulst-Blei war der Meinung, das Kooperationsverbot müsse aufgehoben werden, Kretschmann habe hier viel zu lang blockiert. Ohne Geld in die Hand zu nehmen, könnten auch Fortbildungen für Lehrkräfte nicht erfolgen. Provokativ fügte er hinzu, es gebe Schulen, an denen die iPads schon wieder verstaubten. Einmalige Anschaffungen lösten das Problem nicht, es gehe um langfristige Planung und Finanzierung.

Temporeich führte Claudia Grimm die Diskussion weiter: Eine der neuen Strukturdebatten könnte ja auch die Gestaltung des Fremdsprachenangebots sein. Nach Kretschmanns Aussage zur zurückgehenden Bedeutung von Französischkenntnissen würden sich besonders Lehrkräfte mit zwei Fremdsprachen Sorgen um ihre berufliche Zukunft machen. Poreski wehrte sich stellvertretend für den Ministerpräsidenten gegen eine Fehlinterpretation der Aussage Kretschmanns und unterstrich den Mehrwert auch für die Persönlichkeit eines Menschen durch den soliden schulischen Erwerb von Fremdsprachen. In einer anderen Sprache denken zu können sei eine Form des deeper learning.

Ministerin Theresa Schopper hatte bei ihrer Rede zum Festakt des Philologenverbandes Baden-Württemberg am Vorabend den Stellenwert der Lehrkräfte für erfolgreiche Bildung angesprochen: Auf die Lehrkraft komme es an! Dennoch vermissten Kolleginnen und Kollegen vor Ort einen respektvollen Umgang der Kultusverwaltung mit ihnen und ihren Belangen. So leitete Grimm zum berufspolitischen Teil der Diskussion über. Vielleicht bleibe es auch deshalb bei einer unzureichenden Stellenbesetzung?

Grimm übergab das Wort an Ursula Kampf (Arbeitskreis Arbeitnehmer im Philologenverband Baden-Württemberg), die das Thema Lehrergesundheit in den Fokus rückte. Man beobachte, dass seitens des Arbeitgebers das Thema mit verschiedenen Maßnahmen und Angeboten zur *Verhalten*sprävention der Lehrkräfte angegangen werden solle. Lehrkräfte bräuchten aber Veränderungen bei den Rahmenbedingungen, also den *Verhältnissen*. Diese seien häufig der Gesundheit nicht zuträglich, würden aber nicht geändert. Lehrkräfte seien daher in hoher Zahl dazu gezwungen, ihre Gesundheit über Teilzeit selbst zu ‘finanzieren’. Auch müsse man sich klarmachen: Nicht einmal ein Drittel der Lehrkräfte erreiche die gesetzliche Altersgrenze für die Zurruhesetzung!

Kern antwortete etwas ausweichend, seit zwölf Jahren regierten die Grünen, es werde immer mehr draufgepackt, gerade auch bei den Lehrkräften. Man brauche generell mehr Lehrerstellen. Zudem habe die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung viel Stress verursacht, die Schüler litten, das mache auch die Lehrkräfte krank. Die ver-

schiedenen Schularten förderten die Kinder optimal und es gebe eine große Durchlässigkeit in Baden-Württemberg. Die Abschaffung der Verbindlichkeit der Empfehlung entbehre daher jeder pädagogischen Begründung.

Die Diskussionsleiterin fügte an, zu den Stressoren gehöre auch der höhere Klassenteiler im Vergleich zu den anderen Schularten oder die Tatsache, dass die Referendare in ihrer 18-monatigen Ausbildung durchschnittlich 56 Zeitstunden pro Woche arbeiteten. Da sei der Arbeitsschutz verletzt. Thomas Schwan (unser Referent für dieses Thema) fragte, ob das Referendariat auch bei Überlegungen zu einem dualen Lehramtsstudium Bestand habe und ob es nicht im Sinne der Qualität zu einem zweijährigen Referendariat ausgebaut werden müsste.

Becker gab sich offen für ein zweijähriges Referendariat, es gebe ohnehin Leerlauf, wenn die Studierenden im Sommer fertig würden. Auch Fulst-Blei sah einen Qualitätsverlust durch das eineinhalbjährige Referendariat, die Abbrecherzahlen seien zu hoch. Man müsse Druck aus dem System nehmen, damit die Referendare bleiben. Er zeigte sich verwundert, dass es keine veröffentlichte Erhebung zu den Abbrecherzahlen gebe.

Poreski warf viele Aspekte in die Runde: Alle Bundesländer hätten dieselben Probleme, man sollte die Lehrerressourcen wie in Bayern verteilen, nämlich Lehrkräfte pro Schüler; es müssten alle Schulen ihre Aufgaben erfüllen können und ausgestattet werden, insbesondere auch der Primarbereich. Der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung erteilte er eine klare Absage. Das duale Studium konkretisierte er als sogenanntes integriertes Studium. Damit kämen die Lehramtsstudierenden früher in eine Praxisphase, so könnten sie später als fertig ausgebildete Lehrkräfte die herausfordernden Situationen im Alltag besser bewältigen. Er will zudem ‘Nichterfüller’-Lehrkräfte besser einbeziehen sowie Lehrkräfte, die nur ein Fach studiert haben, und stellt am Ende die Frage, warum promovierte Leute ein weiteres Fach nachstudieren müssten, wenn sie sich doch noch fürs Lehramt entschieden. Es gelte, Ermessensspielräume zu schaffen und zu nutzen.

Kern gab offen zu, dass das Referendariat auch für ihn die schlimmste Zeit seines beruflichen Lebens gewesen sei. Das müsse sich ändern, man müsse Berufsanfänger besser empfangen, damit sie dem Beruf nicht den Rücken kehrten. Die PH Weingarten habe eine Erhebung zur Abbrechersituation gemacht. Er fragte in Richtung der regierenden Parteien, wann diese Studie an die Öffentlichkeit komme. Er bilanzierte, die Seminare seien durch die Gründung des ZSL geschwächt worden und trotz besseren Wissens würde man dies nicht ändern. Das ZSL sei »too big to fail«. Außerdem dürften die ehemaligen Referendare nicht sechs Wochen in die Arbeitslosigkeit geschickt werden. Auch hier müssten die Sommerferien durchbezahlt werden.

Für die Abschlussrunde verwies Claudia Grimm auf das uns Gymnasiallehrkräften wichtige Thema des Leistungsgedankens, der auch in Art. 11 der Landesverfassung verankert ist. Eine Förderung nach Begabung sei insbesondere auch für die Wirtschaft von Bedeutung, die auf eine moderne, effektive Bildung und gut ausgebildete Fachkräfte für die Erhaltung des Wohlstands poche. Grimm fragte, welchen Stellenwert Leistung im schulischen Kontext bei den anwesenden Politikern habe.

Für Becker ist die Begabtenförderung wichtig. Schülerinnen und Schüler an der Spitze, die mehr lernen können, müssten gefördert werden, zum Beispiel in Musikgymnasien oder in den MINT-Fächern; ein Trainingsprogramm in der Mittelstufe sollte erprobt werden.

Auch Fulst-Blei sprach sich dafür aus, dass Begabung auf hohem Niveau gefördert werden müsse. Man dürfe zudem die fünfzig Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund nicht vergessen.

Poreski, dem Leistung an der Spitze auch ein Anliegen war und der ehrlichen Stolz auf seine eigenen Leistungen als Schüler durchblicken ließ, plädierte für einen Blick über den Tellerrand hinaus mit den drei Säulen Exzellenz, Chancengerechtigkeit und umfassendes Wohlbefinden. Kanada könne hier ein Vorbild sein.

Zuletzt durften die Politiker träumen, denn Claudia Grimm entpuppte sich als gute Fee, der jeder einen Wunsch für das Gymnasium der Zukunft nennen durfte.

Timm Kern outete sich als Erster und würde sich die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung herbeiwünschen. Dies würde auch eine leistungsgerechte Förderung der Schülerinnen und Schüler wieder erleichtern. Stefan Fulst-Blei und Alexander Becker hätten gerne die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 und Thomas Poreski wünschte sich das Abitur im eigenen Takt.

Claudia Grimm bedankte sich herzlich für die engagierte und auch emotionale Diskussionsrunde und verabschiedete die Herren mit einem kleinen Präsent des Philologenverbandes Baden-Württemberg und dem Wunsch, weiter in gutem Austausch zu bleiben.

Ihr selbst wurde anschließend unter großem Beifall für die professionelle Leitung der Diskussion gedankt.

Edelgard Jauch

>> Volle Konzentration beim Podium und im Publikum

Grußwort zum 50. Jubiläum des Philologenverbands Baden-Württemberg
von Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing:

Tradition! Leistung! Innovation! Gymnasium!

Sehr geehrte Frau Kultusministerin, liebe Frau Schopper,

Herr Sozialbürgermeister Fillbrunn,

lieber Vorsitzender des Beamtenbundes BaWü, lieber Kai Rosenberger,

geehrte Frau Schmoll,

lieber wiedergewählter PhV-Vorsitzender Ba-Wü Ralf Scholl (herzlichen Glückwunsch!)

lieber ehemaliger Vorsitzender Bernd Saur,

liebe wiedergewählte stellvertretende Vorsitzende Karin Fetzner und Martina Scherer, (Euch meine herzlichen Glückwünsche!),

liebe Vorstandskollegen aus den anderen PhV-Landesverbänden,

liebe Vorstandsmitglieder im PhV BW,

und insbesondere liebe Kollegen und Kolleginnen aus unserem Verband!

Sehr gerne bin ich heute hier bei Ihnen, hier in dem Ländle, in dem ich in Tübingen studierte, in Stuttgart mein Referendariat absolvierte, in Sulz am Neckar und in Stuttgart und im Studienseminar Esslingen unterrichtete, bevor ich schließlich in die universitäre Lehrerbildung an die Universität Stuttgart ging.

Ich grüße in Abwesenheit auch insbesondere Prof. Dr. Dieter Wolf, unter dessen herausragender Leitung des Studienseminars Stuttgart II ich mein Referendariat für das Lehramt an Gymnasien absolvieren durfte. Dr. Dieter Wolf, der damals zugleich bildungspolitischer Sprecher des Philologenverbandes Baden-Württemberg war: ein unermüdlicher Mahner für anspruchsvolle gymnasiale Bildung, passend zum heutigen Motto des 50-jährigen Jubiläums des PhV Baden-Württemberg: 'Tradition. Leistung. Innovation. Gymnasium'.

Tradition. Leistung. Innovation. Gymnasium. Dafür stehen wir gemeinsam ein, dafür stehe ich mit Ihnen ein – und freue mich, beim 50-jährigen Jubiläum meines baden-württembergischen Heimat-Philologenverbandes dabei sein

Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing
ist Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes

zu dürfen. Denn: Nur mit Ihnen, liebe Kollegen und Kolleginnen, nur mit uns Philologinnen und Philologen bleibt das Gymnasium seinem anspruchsvollen wissenschaftspropädeutischen Unterricht, dem anspruchsvollen Fachunterrichtet verpflichtet!

Sie (!) sind Teil der Erfolgsgeschichte des Gymnasiums, Sie sind Teil sowohl des Deutschen Philologenverbandes, der ohne seine Landesverbände nicht existieren könnte, als auch selbstverständlich und vor allem des baden-württembergischen Philologenverbandes. Lassen Sie mich deshalb auch für den DPhV kurz zurückblicken, der in diesem Jahr 120 wird, 1903 in Halle gegründet und nach der Unterbrechung durch die Nationalsozialisten im Jahre 1947 wieder begründet wurde:

Am 16. August 1947 trafen sich die Vertreter aller bis dahin wieder gegründeten Philologenverbände und begründeten am 25. September 1947 auf Schloss Homburg vor der Höhe neu den Gesamtverband der Lehrkräfte an Höheren Schulen für alle deutschen Länder mit dem bewährten Namen: Deutscher Philologenverband.

Oberstudienrat Dr. Erdmann, der erste Vorsitzende nach der Wiederbegründung, konstatierte damals: »Die neunjährige Höhere Schule ist kein Gebilde des Zufalls, das man erhalten, verändern oder beseitigen kann nach Belieben und nach schulfremden Gesichtspunkten. Sie stellt vielmehr das Ergebnis von jahrzehntelangen Erfahrungen dar und hat sich trotz aller kurzsichtigen Angriffe, die abgewehrt werden mussten, und einzelner Schwächen, die jeder menschlichen Erfahrung anhaften, jederzeit bewährt. Jede Verkürzung, oben oder unten, die unter dem irreführenden Schlagwort 'Einheitsschule' oder dem Vorwand der 'Demokratisierung' gefordert wird, kann nur ein Absinken ihrer Leistungen herbeiführen.« (Fluck 2003: 150)

So ist es, das erleben wir mit jeder neuen empirischen Vergleichsstudie – und womit wir beim Thema wären: Die Umstellung auf G8, die uns in allen westlichen Bundesländern unendlich viel gekostet und wenig Ertrag gebracht hat. Der Kampf dann um G9. Es war eine Ihrer Vorgängerinnen, liebe Frau Schopper, die in Baden-Württemberg den Beginn vieler weiterer Sündenfälle verursacht hat: Kultusministerin Schavan, die in ihrer Amtszeit von 1995 bis 2005 das G8 einführte und das Referendariat auf 18 Monate verkürzte und damit zwei Dauerbaustellen eröffnete.

Die Schlacht um G8 ist mittlerweile in allen anderen westlichen Bundesländern – außer in Baden-Württemberg – geschlagen und so ausgegangen, wie es sich der Philologenverband, viele Kollegen und Kolleginnen, viele Eltern und viele Schülerinnen und Schüler gewünscht haben und dafür eingetreten sind: Eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium als Regelform oder Wahlmodell jedes Gymnasiums ist bzw. wird vollzogen.

Das Gymnasium ist die erfolgreichste Schulform. Ohne uns Philologinnen und Philologen gäbe es das Gymnasium jedoch nicht in dieser Weise. Und wir sind noch längst nicht mit allem zufrieden – aber eben das motiviert uns geradezu, liebe Frau Schopper:

Denn, was Schulbildung anlangt, befinden wir uns bundes- und weltweit in einem Wettbewerb der Klugheit und nicht der Geschwindigkeit. So verknüpfen wir in unserem kontinuierlichen Eintreten für G9 Tradition, Leistung und Innovation am Gymnasium miteinander und wollen auch Sie, Frau Schopper, dafür gewinnen: Denn mit wieviel mehr

Wissen muss die heutige Gesellschaft, müssen die Schülerinnen und Schüler in einer immer komplexer werdenden Gesellschaft umgehen?! Die technische Komplexität sowie die notwendige Adaptivität von Wissensbeständen nimmt zu. Ebenso muss selbstverständlich auch das 'Können' geübt werden, mehr geübt werden, als bisher Zeit dafür im Unterricht aufgewendet werden konnte. Wir wollen diese Diskussion für G9 weiterhin vorantreiben und führen – allerdings niveauvoll, auf Expertise gegründet – und weniger nur mit per Zufallslos gezogenen Menschen, um kurzfristige 'Bürgerbeteiligung' zu simulieren, obwohl jahrzehntelange Expertise zur Verfügung steht. Doch für diese Art der 'Bürgerbeteiligung' sind nicht Sie, Frau Schopper, verantwortlich.

Wohl aber dafür, dass in Baden-Württemberg

- weiter über das Gymnasium 2030 nachgedacht wird, wofür es steht, wie sein herausragendes Merkmal der Fachlichkeit weiterentwickelt wird. Denn: Fachlichkeit ist für uns das Entscheidende – auch gegenüber anderen Schulformen. Sie ist – so wie Jürgen Oelkers immer wieder ausführt – gekennzeichnet durch die Wahl der Inhalte von schulischer Bildung und die Zuordnung zu Fächern, sie ist gebunden an den Anspruch der Rationalität und an die modernen Wissenschaften, sie ist gekennzeichnet durch die Festlegung von Niveauanforderungen und durch die Präsentation der Fachlichkeit in Personen, eben in den Lehrkräften als fachlichen Autoritäten, – die entsprechend ausgebildet bzw. nachqualifiziert werden müssen –, und durch die Präsentation der Fachlichkeit in den entsprechenden Lehr- und Lernmitteln. – Unser Eindruck ist, dass die diesbezügliche Koordinierungsgruppe Gymnasien, konkret mit dem Auftrag: »Wo steht das Gymnasium 2030?« nicht ambitioniert genug unterstützt, möglicherweise sogar etwas schleifen gelassen wird? – Wir wollen aber mit Ihnen weiter dafür eintreten, dass das Gymnasium seine herausragende Bedeutung und insbesondere das Abitur seine Bedeutung als Hochschulzugangsberechtigung behält, dass der Wert des Abiturs nicht 'verfällt' und dass das Niveau bei steigender Zahl an Gymnasiasten und Abiturienten hochschulreif bleibt. Und deshalb brauchen auch wir in den Gymnasien individuelle Förderprogramme für die Schülerinnen und Schüler in der sehr heterogenen Mittelstufe und für den Übergang in die Oberstufe.
- Worum bitten wir Sie noch? Die Belastungsfähigkeit der Kollegen und Kolleginnen ist endlich – und nicht zuletzt angesichts der Pläne Ihres Kultusministeriums für eine zunehmend datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung müssen tatsächlich Ressourcen für Schulleitungen und Lehrkräfte geschaffen, gegeben und fest eingeplant werden. Das ist nicht vorgesehen, soweit ich weiß. Innovation gibt es nicht zum Nulltarif. Und ohne die Kollegen wird das nicht funktionieren. – Das wissen Sie – und so haben Sie entsprechende
- 'gute Werke' im Rahmen von 'Aufholen nach Corona' durch zusätzliche Budgets für die Schulen und die Ermöglichung, pädagogische Assistenten einzustellen, getan. Das war gut so, gerne weiter so!

Ich komme zurück: Kultusministerin Schavan hat damals als erste das Referendariat auf 18 Monate verkürzt und damit einen Dammbruch verursacht. Ein großer Fehler, dem nur Bayern mit 24 Monaten und Hessen mit 21 Monaten widerstanden haben – aber: und das vielleicht als Ermunterung, liebe Frau Schopper, auch Frau Hamburg, ihre niedersächsische grüne Ministerkollegin im Kultusressort, ist mittlerweile in Gesprächen mit unserem niedersächsischen Philologenverband gegenüber einem 21-monatigen Referendariat durchaus offen. – Warum komme ich aktuell darauf? Angesichts des Lehrkräftemangels müssen nun die Referendare in Baden-Württemberg, die Junglehrer im Vorbereitungsdienst, eine Unterrichtsstunde mehr unterrichten – dafür entfällt die Dokumentation, die Reflexion.

Ich halte das für den falschen Weg. Empirische Studien bestätigen, dass sich gerade in den ersten Jahren durch Überlastung falsche Routinen im Unterrichten einschleifen können, die Lehrkräfte dann über das gesamte Lehrerleben nicht mehr loslassen. Lassen Sie uns lieber gemeinsam mit den Universitäten und den Seminaren, liebe Frau Schopper, an einem qualitätsorientierten Konzept für die Nachqualifikation von Quer- und Seiteneinsteigern arbeiten. Neben dem wichtigsten Gut, nämlich die jetzigen Bestandslehrkräfte unbedingt im System zu halten, sie zu unterstützen, sie zu entlasten, denn sie sind die einzigen, die mit qualitätvoller Ausbildung und Erfahrung weiter unterrichten können, muss die Nachqualifikation von Quer- und Seiteneinsteigern analog zur grundständigen Lehrerbildung das Ziel sein. Hier wissen Sie uns an Ihrer Seite!

Apropos Seite an Seite: Der baden-württembergische und der Deutsche Philologenverband stehen Seite an Seite und treten gemeinsam ein für die bei uns organisierten Lehrkräfte, für bessere lebenslange Bildungs- und Arbeitsbedingungen als Voraussetzung für die Entwicklung und den Erhalt der pädagogischen Hingabe, die letztlich Voraussetzung für gelingende Schule und für ein anspruchsvolles Gymnasium ist.

Seit seinem Beginn tritt der Philologenverband Baden-Württemberg mit seiner qualitätvollen inhaltlichen Arbeit sachkundig, kritisch-konstruktiv und schlagkräftig für seine Lehrkräfte ein.

Er steht hinter den Menschen, hinter seinen Lehrkräften, die tagtäglich in ihrem Unterricht und im schulischen Miteinander mit Hingabe versuchen, anspruchsvolle Bildungsziele mit den Lebensrealitäten der Schülerinnen und Schüler zu verknüpfen.

Wie gut, dass es den Philologenverband Baden-Württemberg gibt, und das seit nun fünfzig Jahren! Dem baden-württembergischen Philologenverband und seinen Mitgliedern wünsche ich für die Zukunft weiterhin ein überzeugtes und gelingendes Einstehen für den Erhalt des gymnasialen Bildungsgedankens – am besten im G9 – gerade auch in einer zunehmend digitalisierten Welt. Wir vertreten das Primat der Bildung gegenüber allen gesellschaftlichen Nützlichkeitserwägungen und stehen dafür auch die nächsten Jahrzehnte Seite an Seite!

Ich wünsche ein gelungenes 50. Jubiläum!

Ihre und Eure
Susanne Lin-Klitzing

Ein großes Fest für große Leistungen

50 Jahre Philologenverband Baden-Württemberg – ein gelungener Festakt

Musikalisch wurde der Festakt anlässlich des 50. Jubiläums des Philologenverbandes Baden-Württemberg im sehr schön geschmückten großen Saal des Pforzheimer CongressCentrums eingeleitet mit dem Stück 'Mamma Mia'. Unter der Leitung von Martina Scherer sangen 26 Jugendliche des Reuchlin-Gymnasiums Pforzheim aus voller Kehle, begleitet von Klavier und Cajon.

Souverän und humorvoll führten Stephanie Gutgsell und Matthias Fuchs durch den Abend.

Der wiedergewählte Landesvorsitzende Ralf Scholl begrüßte die Anwesenden. Er sprach sich ganz klar dafür aus, dass das Gymnasium stark bleibt, und forderte die Gäste auf, gemeinsam das 50jährige Bestehen des Philologenverbandes zu feiern.

Frank Fillbrunn begrüßte in seiner Funktion als Sozialbürgermeister der Stadt Pforzheim die Gäste und empfahl ihnen den Besuch des Schmuckmuseums sowie den Weg zur Nagold, um zu sehen, dass Pforzheim das Tor zum Schwarzwald bildet. Sein Vater müsse eines der ersten Mitglieder im Philologenverband gewesen sein, daher fühle er sich dem Verband verbunden. Der PhV, als Stimme der Vernunft, habe sich immer den Herausforderungen gestellt, unter anderem der Einführung von G8 seit den 2000er Jahren. Er habe auf die Stimmen der Lehrkräfte, aber auch der Lernenden und deren Eltern gehört und setze sich unermüdlich für deren Interessen, nicht zuletzt für die Wiedereinführung von G9 ein.

Dem Vorsitzenden des Beamtenbundes, Kai Rosenberger, war es eine Ehre und Freude zu gratulieren. Er wünschte den Delegierten viel Fortune für die kommende Amtsperiode, denn die letzten fünfzig Jahre seien eine große Herausforderung gewesen. Bildung sei schon immer wichtig gewesen, aber aktueller denn je, da sich die Bedingungen im gymnasialen Bereich in Bezug auf die Tariferhöhungen verbessert hätten. Vor allem die Herausforderungen der letzten drei Jahre habe der PhV gemeistert und habe unermüdlich für die besten Lernbedingungen für die Lernenden gekämpft.

Das Prelude aus der g-Moll Suite von Johann Sebastian Bach, gespielt von einem Schüler des Reuchlin-Gymnasiums auf dem Cello, erfreute die Sinne der Anwesenden als 'Zwischenspiel' .

Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing erwähnte in ihrer Funktion als Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes zunächst den ehemaligen bildungspolitischen Sprecher des PhV, Dr. Dieter Wolf, der sie wesentlich beeindruckt habe. Der DPhV wurde 1903 gegründet und feiert analog zum baden-württembergischen Philologenverband sein 120jähriges Jubiläum. Jede neue empirische Bildungsstudie zeige, wie sich die Leistungen seit der Einführung von G8 immer weiter verschlechtern. Eine Rückkehr zu G9 werde in immer mehr Bundesländern vollzogen. Sie sprach die anwesende Kultusministerin direkt auf die bildungspolitischen Veränderungen an, nicht nur die vergangenen, sondern auch die zukünftigen Herausforderungen betreffend. Das Gymnasium sei die erfolgreichste Schulart. Das Gymnasium 2030 sei in Vorbereitung und brauche entsprechend fachlich gut ausgebildete Lehrkräfte. Die Koordinierungsgruppe Gymnasien trete weiter für die herausragende Bedeutung des Gymnasiums ein. Auch an den Gymnasien werde mehr individuelle Förderung benötigt und im Rahmen der datengestützten Schul- und Qualitätsentwicklung brauche es entsprechende Ressourcen, die bislang aber nirgendwo erschienen. Die Möglichkeit der Einstellung von pädagogischen Assistenten lobt Lin-Klitzing. Anlässlich des Lehrkräftemangels müssten nun die Referendarinnen und Referendare eine Stunde mehr unterrichten unter Wegfall der Dokumentation. Dies halte sie für den falschen Weg in Bezug auf die qualitätsvolle fachliche Ausbildung. Der Philologenverband Baden-Württemberg und der Deutsche Philologenverband träten gemeinsam für bessere Bedingungen und für eine anspruchsvolle Bildung ein. Für die Zukunft wünscht die Vorsitzende weiterhin ein standhaftes Auftreten des PhV BW nicht zuletzt an der Seite des DPhV.

Auch Kultusministerin Theresa Schopper gratulierte dem Philologenverband Baden-Württemberg und brachte ihre Freude zum Ausdruck, zum Plenum sprechen zu können. Sie schätze die wertvolle Arbeit der guten Pädagoginnen und Pädagogen, denn sie würden für die jungen Menschen brennen und viel Zeit mit ihnen verbringen. Der Philologenverband sei ein starker Vertreter der Lehrkräfte, treibe die Bildung junger Menschen voran und sei ein wichtiger Gesprächspartner. Ihre Hochachtung gelte den fünfzig Jahren, die sich der Philologenverband für das Gymnasium einsetze. Das humboldtsche Bildungsideal sei wichtig, aber das Gymnasium habe sich nie den Neuerungen der Zeit verschlossen. Das moderne Gymnasium baue digitale Medien ein, ebenso moderne Fremdsprachen. Der Wirtschaftsstandort Deutschland hänge wesentlich von der geleisteten Arbeit am Gymnasium ab. Sie betonte, dass die Gymnasien sehr gute Arbeit leisteten, da sie die jungen Menschen zu kritischen, reflektierten, wachsamen Demokraten ausbildeten. Future Skills seien wichtiger denn je, wie man an KI und ChatGPT sehe. Hier müsse ein entsprechender Umgang erst erlernt werden und es müssten angepasste Prüfungsmodalitäten gefunden werden. Hier werde man eine entsprechende Revolution erleben. In Baden-Württemberg sei man Vorreiter in Bezug auf Fortbildungen zu KI. Die Diskussion um G8/G9 war Theresa Schopper wichtig und sie verwies auf ihre eigene neunjährige Gymnasialzeit. Die Planungen für das Gymnasium 2030 seien wichtig, vor allem in Bezug auf den gemeinsamen Austausch. Ihr Hauptaugenmerk liege aber derzeit auf dem Vorschulbereich, denn hier müsse Bildung unbedingt gelingen, insbesondere für die Kinder ohne familiären Support. Der Mindeststandard werde bei zwanzig Prozent der Kinder nicht erreicht, das Gleiche gelte für den unteren Regelstandard. Dies könne sich Baden-Württemberg nicht erlauben, da dadurch wichtige Fachkräfte in Zukunft

fehlen würden. Sie sei sehr dankbar für die gemeinsamen Gespräche und den Austausch, auch wenn man nicht immer einer Meinung sei.

Es folgte das Musikstück ‘Somewhere only we know’, sehr lebendig vorgetragen vom Chor und mit langanhaltendem Applaus belohnt.

Heike Schmoll, Redakteurin bei der F.A.Z. für Bildungsthemen, erinnerte in ihrer Festrede zunächst an den großen Sohn Pforzheims, den Humanisten Johannes Reuchlin, und dessen Neffen Melanchthon. Reuchlin setzte sich dafür ein, jüdische Bücher nicht zu verbrennen. Seine wertvollen Bücher und Schriften wurden der Stiftskirche in Pforzheim vermacht. Melanchton besuchte ein Jahr die Lateinschule in Pforzheim auf Anraten seines Onkels. Reuchlin und Melanchthon seien Vorreiter gewesen, denn mündige Teilhabe und verantwortungsvolles Handeln in der Gesellschaft sei ihnen bereits im 15. und 16. Jahrhundert ein Anliegen gewesen.

Mit Blick auf die Gegenwart konstatierte sie, der Absturz in den Leistungsvergleichen verlangsame sich seit der Jahrtausendwende und stagniere. Baden-Württembergische Schüler befänden sich inzwischen nicht mehr an der Leistungsspitze mit Bayern und Sachsen, sondern im Mittelfeld. Die Schulaufsicht müsse auch in der konstruktiven Unterstützung aktiv werden. Ein Fünftel der Schüler könne nicht richtig lesen und diese hätten so keine Chance, mündige Bürger zu werden. Das Grundrecht auf Bildung gelte nicht nur für Schwache, sondern für alle. Die VERA 8-Ergebnisse 2022 seien schlecht ausgefallen, aber am Beispiel Hamburgs sehe man, dass durch harte, langwierige Arbeit ein Aufstieg möglich sei.

G8/G9 sei ein weiteres wichtiges Thema im Land, vor allem, da es das letzte Bundesland ist, das noch nicht flächendeckend zu G9 zurückgekehrt sei. Sie gestand, immer für das neunjährige Gymnasium gewesen zu sein. Olaf Köller halte die Rückkehr von G8 zu G9 für einen Fehler, vor allem im Bereich Naturwissenschaften. Eine Verbesserung des Unterrichts gehe aber nicht automatisch mit einer Rückkehr zu G9 einher. Es brauche zusätzliche Lehrerstellen und die Qualität dürfe nicht zu kurz kommen. Einen bis zu vier Jahre andauernden Weg zum Abitur lehnt sie ab, dieser könne nur zu flächendeckenden Aufnahmeprüfungen an den Universitäten führen. Den Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlungen führte sie als weiteres wichtiges Thema an. Mit mehr Zeit für alle sei es nicht getan, sondern diese müsse inhaltlich gut gefüllt sein. Sprachförderung müsse im Alter von vier bis fünf Jahren beginnen und entsprechend weitergeführt werden. Dies sei essentiell notwendig für eine gute Bildung. Mit einem Seitenhieb auf den Ministerpräsidenten Kretschmann fügte sie an, das Erlernen von Fremdsprachen liege ihr am Herzen, denn sie befürchte, mit entsprechender Simultanübersetzungsapp im Ohr würde man auf einem französischen Markt verhungern. Es führten in Baden-Württemberg viele Wege zum Abitur. Sechzehn Prozent der Schüler mit einer Realschulempfehlung besuchten ein Gymnasium. Zur immer wieder ins Feld geführten verbindlichen Grundschulempfehlung regte sie an, dass ein objektiv ausgewerteter Test dazu beitragen könnte, valide Leistungskriterien für eine passgenaue Grundschulempfehlung zu ermitteln.

Collage: Foto Fabry, Ettlingen

Heike Schmoll lobte, dass ab diesem Sommer Vertretungslehrkräfte über die Sommerferien bezahlt werden, kritisierte jedoch gleichzeitig, dass dies nicht für die Referendarinnen und Referendare gelte, obwohl diese einen großen Teil der Sommerferien investierten, um ihren Unterricht vorzubereiten. Nach dem zweiten Staatsexamen sei es daher lukrativ, beispielsweise nach Bayern zu wechseln, da hier die Referendare über die Sommerferien bezahlt würden.

Ihr Schlusswort galt den Lehrkräften: KI werde die Bildung verändern, aber könne Lehrkräfte nicht ersetzen. Die Wertschätzung von Lehrkräften sei essentiell, ist Schmoll der festen Überzeugung.

Zum Ende der offiziellen Beiträge gab es Ehrungen: Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing wurde als Ehrenmitglied, Karl-Heinz Wurster, Volker Stich und Karl Anton Christoph wurden als Ehrenvorsitzende in den Philologenverband aufgenommen und entsprechend wurde ihr Engagement für den Philologenverband Baden-Württemberg gewürdigt. Ebenso erhielt Bernd Saur die Urkunde für den Ehrenvorsitz.

‘The Shoop Shoop Song’, vorgetragen vom Chor, wurde von rhythmischem Klatschen begleitet, das in tosendem Beifall mündete und den Übergang zum Buffet bildete. **Anne Käßbohrer**

Festakt zum 50- jährigen Jubiläum

FESTLICHER ABEND

Collagen (2x): Foto Fabry, Ettlingen

Rede zum Festakt

Auszüge aus der Rede von Heike Schmoll

Heike Schmoll begann ihre mitreißende und überzeugende Rede mit Ausführungen zu dem aus Pforzheim stammenden Humanisten Johannes Reuchlin und seinem Neffen Philipp Melanchthon, der dort die Lateinschule besuchte.

Ausgangspunkt für Melanchthons Neuordnung des universitären Studiums und des Schulunterrichts war seine Wahrnehmung einer akuten Bildungskrise und einer unzureichenden Bildung, die er schon bei seiner Antrittsvorlesung in Wittenberg in drastischen Worten zu beschreiben wusste. Die angehenden Theologen könnten weder Griechisch noch Hebräisch und seien nicht imstande, ihre Quellen zu übersetzen, weshalb sie darauf angewiesen seien, lateinische Sekundärschriften zu lesen und sich eine Predigt zusammenzuplagiieren. Das war der Ausgangspunkt einer Bildungsrevolution an Schule und Universität. Ich erwähne Reuchlin nicht nur, weil die Erinnerung an den großen Humanisten dieser Stadt und seinen Ziehsohn Melanchthon in einem heilsamen Kontrast zur neuen denglischen Selbstverzwergung Baden-Württembergs unter dem Motto '#The Länd' steht.

Reuchlins Eintreten für Toleranz gegenüber Andersdenken, für die argumentative Auseinandersetzung ohne gegenseitige Feindschaft fanden sicher in den engen Grenzen mittelalterlichen Denkens statt. Aber sie ist in einer Zeit, da Abiturlektüren wegen eines aus heutiger Sicht falschen Wortes angeblich nicht mehr lesbar sind, bedenkenswert. Und auch in der zweifellos vormodernen Pädagogik Melanchthons gibt es eine Perspektive, die ich für sehr aktuell halte: Es ist der Blick auf den einzelnen Schüler und seine Belange. Wie Sie sich denken können, meine ich damit nicht eine Wohlfühl- und Kuschelpädagogik, sondern die zielführende Perspektive für unterschiedliche Ausgangslagen auf ein Lernziel, das – modern ausgedrückt – mündige Teilhabe und verantwortliches Handeln in der Gesellschaft erlaubt. Das war individuelle Förderung im besten damals möglichen Sinne.

Es ist für mich kein Zufall, dass der Bildungsforscher John Hattie so erfolgreich ist, weil er die Perspektive der Schüler stark macht und in den Vordergrund rückt. Und wir haben nach der Corona-Pandemie alle erkennen müssen, welche Folgen es für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat, wenn nicht deren Wohl und ihr Lebensraum Kindergarten und Schule im Mittelpunkt steht, sondern anderes viel wichtiger erscheint. Das bedeutet übrigens nicht, dass ich hier einer Vernachlässigung der Lehrer das Wort rede, ganz im Gegenteil.

Der Blick auf Baden-Württemberg

1. Der Absturz in den Leistungsvergleichen:
Durch die länderspezifischen Auswertungen des Instituts für Qualitätsentwicklung in der Bildung (IQB) wissen wir, dass die Leistungen der baden-württembergischen Schüler sich nicht mehr – wie früher gewohnt – an der Spitze der Ranglisten mit Bayern und Sachsen befinden, sondern unterhalb des Mittelfelds – etwa auf einem Niveau mit Nordrhein-Westfalen. Bei der jüngsten Auswertung hatten in Baden-Württemberg 19,1 Prozent der Viertklässler die Mindeststandards im Lesen nicht erreicht, in Nordrhein-Westfalen 21,6 Prozent. Und auch die Leistungsspitze ist in beiden Ländern zu klein bzw. wird immer kleiner: In Nordrhein-Westfalen erreichten 6,4 Prozent die Optimalstandards, in Baden-Württemberg 6,3 Prozent. Das ist das drittschlechteste Ergebnis bei den Optimalstandards im Bundesvergleich.

>> Heike Schmoll während ihrer Rede

Im Jahr 2011 sah das noch sehr anders aus. Da haben auch in Baden-Württemberg noch über 11 Prozent der Viertklässler die Optimalstandards im Lesen erreicht. In Mathematik waren es 2011 sogar 18,8 Prozent der Baden-Württemberger Viertklässler, 2021 waren es nur noch 12,3 Prozent. Parallel zu dieser Entwicklung ist die Gruppe der Risikoschüler, die nicht einmal die Mindeststandards erfüllt, erheblich gestiegen.

Länder mit sehr guten Ergebnissen wie Bayern und Sachsen kommen auf mehr als zehn und elf Prozent der Schüler an der Spitze, übrigens auch Hamburg, was insgesamt nicht mit seinen Ergebnissen glänzt, sich aber deutlich verbessert hat. Es hat die Gruppe der Schlusslichter mit den Stadtstaaten Berlin und Bremen erfolgreich hinter sich gelassen und ist ins obere Mittelfeld aufgerückt. Das ist das Ergebnis von mindestens zehn Jahren harter Arbeit.

Die baden-württembergische Leistungsspitze ist für ein Land, das auf Spitzenkräfte angewiesen ist, einfach zu klein. Das bedeutet, dass sowohl die schwächsten Schüler als auch die stärksten eine gezieltere Förderung brauchen. Aber es ist eben auch eine Frage der Leistungsgerechtigkeit, die Stärksten zu fördern, zumal die Schwächsten durch einen gezielten Einsatz von Peer-Learning davon profitieren könnten. Im Übrigen gilt das vom Bundesverfassungsgericht eigens festgehaltene Grundrecht auf Bildung nicht nur für die Schwachen, sondern für alle.

Die VERA-Ergebnisse aus dem Jahr 2022 haben gezeigt, wohin die Reise auch bei der Iglu-Studie ging: Viel zu viele Schüler erreichen in der Grundschule nicht die Mindest- >>

standards beim Lesen, in der Rechtschreibung und in Mathematik. Ich weiß, dass das IBBW und das ZSL die Ergebnisse analysieren und konkrete Programme entwerfen. Im Unterschied zu anderen Bundesländern ist die Lage in Ihrem Land nicht hoffnungslos, weil Sie als Lehrer unter den schlechten Ergebnissen in Vergleichsstudien leiden und gern wieder an die Spitze aufschließen würden. Am Beispiel Hamburgs lässt sich allerdings studieren, wie lange es dauert, bis sich die Anstrengungen tatsächlich in besseren Ergebnissen niederschlagen und wie mühsam der Prozess ist. Und, das sei deutlich gesagt: Er kann nur gelingen, wenn alle mitziehen, die Kollegien, die Schulleitungen, die Eltern, die Bildungsadministration, die für die Fortbildung verantwortlichen Institutionen. Und man braucht langen Atem – über Regierungswechsel und Legislaturperioden hinweg, das macht die Sache zugegebenermaßen schwierig.

2. G8 oder G9?

Ich habe die Einführung des achtjährigen Gymnasiums in Ihrem Land miterlebt. Es gab sogar einen Pilotversuch in den Jahren 1992 bis 2002, daran möchte ich hier erinnern. Hochbegabte Schüler lernten in Kleingruppen von etwa zwölf Schülern, erhielten individuelle Förderung und konnten zumeist auch in ihren Elternhäusern auf Unterstützung setzen. Der Begabungsforscher Kurt A. Heller hat die Längsschnitt-Evaluation verantwortet. Immerhin wurde das G8 in Ihrem Land also nicht ohne ausführlichen Vorlauf eingeführt. Für andere schulpolitische Neuerungen, die eine frühere Ministerin in rascher Folge den Schulen aufnötigte, galt das nicht. Allerdings war das G8 eben ursprünglich als gymnasiales Begabtenförderprogramm angelegt, bei dem leistungsstarke Schüler formal die 11. Klasse übersprangen und dann direkt in die 12. und 13. Klasse wechselten. Das Fazit Hellers nach zehn Jahren war folgendes: »Nur ein Drittel der Schüler ist für G8 geeignet. Die durchschnittlichen Schüler haben kaum mehr Zeit zu schnaufen«. Sie erinnern sich, dass Baden-Württemberg damals trotz dieses klaren Befundes als erstes westliches Land flächendeckend das achtjährige Gymnasium einführte. Man setzte sich also über die bildungswissenschaftliche Expertise hinweg. Ich hoffe, das wäre heute anders.

Bisher gab sich Baden-Württemberg wenig gesprächsbereit, als es um das G8 ging, und verwies auf die Oberstufen der Gemeinschaftsschulen und die beruflichen Gymnasien, die ihren Vorteil des neunjährigen Bildungsgangs behalten sollten. Plötzlich aber scheint es eine Offenheit zu geben – wohl weniger aus Überzeugung, wenn man dem Ministerpräsidenten glauben darf, als aus wahltaktischem Kalkül. Sie als Philologenverband haben das Vorhaben, ein Bürgerforum von vierzig bis sechzig Auserwählten dieselbe Diskussion noch einmal führen zu lassen, die seit Jahren im Gange ist, kritisch kommentiert. Sie befürchten nicht zu Unrecht, dass dadurch der Volksantrag mit fast 40 000 Unterschriften entwertet werden könnte. Kontraproduktiv wäre auch, wenn die Rückkehr zum G9 für schulverlängernde Konstrukte wie eine Oberstufe im eigenen Takt mit bis zu vier Jahren etabliert würde. Solch ein Versuch, ein Abitur für nahezu alle zu ermöglichen, steigert nur die Tendenz der Universitäten und Hochschulen, eigene Eignungsprüfungen einzuführen. Er entwertet das Abitur. Daran kann gerade Ihnen als Philologenverband nicht gelegen sein.

3. Die verbindliche Grundschulempfehlung

Sie als Gymnasiallehrer wissen, wie wichtig eine solide Grundlage der Primarstufe ist. Sie sind darauf angewiesen – ebenso wie die Kollegen von den Realschulen und Gemeinschaftsschulen.

Viele Hinweise der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission wären gar nicht mehr nötig gewesen, wenn man die »Empfehlungen für Bildungspolitische Weichenstellungen in der Perspektive auf das Jahr 2020« eines Expertengremiums unter Leitung des Bildungsforschers Jürgen Baumert aus dem April 2011 ernster genommen

hätte. Diese Expertenkommission hatte die damalige, zunächst parteilose Kultusministerin Marion Schick im Sommer 2010 ins Leben gerufen. Und sie hatte sie wegen des akuten Leistungseinbruchs baden-württembergischer Schüler etabliert. Der Leistungsbefund bei den fünfzehn Jahre alten Jugendlichen war schon damals so, dass die heutigen Ergebnisse niemanden mehr überraschen können. Knapp zwanzig Prozent der fünfzehn Jahre alten Jugendlichen überschritten nicht die unterste Kompetenzstufe im Lesen. In Hauptschulen waren es damals fünfzig Prozent.

Für die Grundschule empfehlen die Experten im Jahr 2011, ich wiederhole es noch einmal: ein qualitativ hochwertiges Förderangebot in den Kernfächern/Basiskompetenzen. Im Sinne eines multiprofessionellen Ansatzes »sollten Personen aus der Kinder- und Jugendarbeit dabei ebenso einbezogen werden wie schulpsychologische Dienste und die Erziehungsberatung«. Und ich zitiere noch eine weitere Empfehlung: »Der Erwerb der Schriftsprache und der mathematischen Basiskompetenzen hängt von ausreichenden Lerngelegenheiten und ausreichender Unterrichtszeit ab. (…) Solange in diesen Kernbereichen bei Kindern mit und ohne Migrationshintergrund große Defizite bestehen, empfiehlt es sich, den Fremdsprachenunterricht erst ab Klasse 3 zu beginnen. Frei werdende Stunden sollten insbesondere der Förderung des Schriftsprachenerwerbs zugeteilt werden«. Mit mehr Zeit allein wird es aber nicht getan sein, sondern man muss die Zeit vor allem zielführend nutzen.

Ich würde sogar noch weiter gehen: Die Fremdsprachen sollten ganz aus der Grundschule verschwinden. Englisch lernen die Kinder ohnehin und zwar sehr schnell und dann bitte möglichst auch korrekt. Viel wichtiger wäre angesichts der vielen Kinder mit Migrationshintergrund der Unterricht in der Bildungssprache Deutsch. Auch wenn die Fremdsprachen zugunsten der Bildungssprache Deutsch aus dem Grundschulcurriculum gestrichen werden sollten, ist das spätere Fremdsprachenlernen umso wichtiger. Und dass dazu auch Französisch gehört, ist für mich selbstverständlich, schließlich ist Frankreich Ihr unmittelbares Nachbarland. Ein Knopf im Ohr und moderne KI werden die Welt nicht erschließen und den Zugang ins andere Land nicht eröffnen, gerade in Frankreich nicht. Ich fürchte, mit Simultanübersetzung im Ohr wird man auf einem französischen Markt verhungern.

Aufschlussreich sind auch die Empfehlungen des damaligen Expertenrats für den Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule. Dort heißt es: »Die größten sozialen Disparitäten entstehen beim Übergang auf das Gymnasium. Die Vorstellung, dass man die dafür verantwortlichen Ursachen – unterschiedliche Aspirationen, unterschiedliche Kosten- Nutzenerwägungen und unterschiedliche Erfolgserwartungen der Eltern – beseitigen könnte, ist unrealistisch. Bildungsbewusste Eltern finden immer – auch außerhalb des öffentlichen Schulwesens – einen Weg, ihren Kindern den Bildungsgang zu eröffnen, den sie für angemessen halten«. Als Problem wird gesehen, dass fünfzehn Prozent der Eltern, deren Kinder eine Gymnasialempfehlung erhalten haben, davon keinen Gebrauch machen.

Viel zu viele Eltern auch in Baden-Württemberg glauben leider an die Mär, dass die frühe ‘Selektion’ nach der vierten Klasse künftige Bildungswege zementiere und es sich um endgültige Entscheidungen handle. Sie wissen alle, dass das in Ihrem Land noch weniger stimmt als in anderen. Denn die Durchlässigkeit des Systems ist immer noch groß und es führen gerade hier viele Wege zum Abitur.

Inzwischen – Sie wissen es – ist die Grundschulempfehlung abgeschafft und der Elternwille völlig freigegeben worden. Die Folgen baden Sie an den Gymnasien und den Realschulen aus. Gerade in den unteren Klassen quälen sich Schüler ab, die überfordert und gleich in den ersten Jahren der weiterführenden Schule völlig frustriert werden. Viele erholen sich nicht mehr von dieser einschneidenden Erfahrung. Kinderfreundlich ist das sicher nicht, ganz im Gegenteil.

4. Der Umgang mit Lehrkräften und angehenden Lehrkräften

In diesem Sommer werden Vertretungslehrer endlich auch in Baden-Württemberg durchbezahlt werden. Anders geht es allerdings den Referendaren, selbst wenn sie eine feste Stellenzusage für das darauffolgende Schuljahr haben. Sie werden für sechs Wochen in die Arbeitslosigkeit geschickt. In Zeiten des Lehrermangels kann ich solch einen Umgang mit angehenden Lehrern nur als grob fahrlässig bezeichnen. Schon jetzt ist die Abbruchquote im Lehramtsstudium groß. Es gibt bisher zu wenige Untersuchungen, die belegten, warum Lehramtsstudenten es sich im Laufe ihres Studiums anders überlegen. Aber irgendetwas muss doch massiv falsch laufen, wenn nicht einmal die Hälfte der Studienanfänger auch im Referendariat ankommt.

Die Landesregierung hat die Anzahl der Studienplätze an den sechs Pädagogischen Hochschulen aufgestockt. Vor zehn Jahren gab es noch 17 000 Bewerbungen für das Grundschullehramt. Für das Wintersemester 2021/2022 waren es noch 8200 – also weniger als die Hälfte. Noch dramatischer sieht es beim Lehramt für die Sekundarstufe I aus, also für das Lehramt an Hauptschulen und Realschulen. Hier sind die Bewerberzahlen in den vergangenen zehn Jahren regelrecht eingebrochen – von 12 000 auf 4400. Im Wintersemester 2022/2023 konnten nicht einmal alle Anfänger-Studienplätze belegt werden. Und in dieser Situation wirbt das Kultusministerium mit dem Motto: »Wenn du nicht weißt, was du werden willst, werde Lehrer«. Das erinnert mich fatal an den Werbespruch der Berliner Bildungsmesse, die von der Schulbehörde ausgerichtet wird und der lautet: »Unterrichten statt Kellnern«. Beide Slogans liegen bestenfalls noch auf dem Niveau von ‘The Länd’. In beiden Fällen wüsste ich gern, wer eigentlich die Zielgruppe für solche Werbeslogans sein soll. Qualitätsbewusste Abiturienten, die anspruchsvoll denken, werden sie eher abschrecken.

In dem Maße, in dem auch Baden-Württemberg auf Quereinsteiger angewiesen sein wird, muss die Quereinsteiger-Qualifizierung, die möglichst an den Universitäten erfolgen sollte, im Verhältnis zur grundständigen Ausbildung geklärt werden. Sie wissen, dass manche Länder im Nordosten sich derzeit schon auf Abwegen befinden und für eine irgendwie geartete Unterrichtsversorgung, um nicht zu sagen Aufbewahrung, deutliche Qualitätsdefizite hinnehmen.

Ich bin mir sicher, dass der Philologenverband die berufsständischen Belange seiner Mitglieder weiterhin im Blick hat. Ich wünsche allen am Bildungssystem Beteiligten aber auch, dass darüber nicht die bildungspolitischen Kernthemen wie die Qualität einer voraussetzungsreichen gymnasialen Bildung aus dem Blick geraten. Über Bildung nachzudenken, wenn sich die tragenden Kategorien von Zeit und Raum in der Digitalisierung auflösen, gehört zu den Zukunftsaufgaben, für die es keine einfachen Lösungen gibt.

Heike Schmoll

Auszüge zusammengetragen von Karin Fetzner

Interview

Die Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum des PhV BW

Karin Fetzner als verantwortliche Redakteurin der Festschrift im Gespräch mit GBW

GBW: Ab welchem Zeitpunkt war klar, dass es zum Jubiläum neben einer Feier auch eine Festschrift geben soll?
KARIN FETZNER: Das war Anfang des Schuljahres 2022/2023, als wir mit den Planungen für den Festakt in Zusammenhang mit der Vertreterversammlung im Juli 2023 begonnen haben.

GBW: Und wann stand fest, dass du für die Festschrift die Gesamtverantwortung haben würdest?
KARIN FETZNER: Fast von Anfang an. Ich hatte schon lange die Idee, dass dokumentiert weden sollte, was im Verband früher passierte. Es gab in der Geschäftsstelle keine Listen, auf die ich hätte zurückgreifen können, zum Beispiel mit den Namen der ehemaligen Verbandsvorstände. Ich musste dazu die vorhandenen Materialien wälzen und durchsuchen. Mir war auch klar, dass man die Personen, die früher Verantwortung für den Verband getragen haben, möglichst selbst schreiben lassen sollte, damit ein stimmiges Bild entsteht.

GBW: Was waren die größten Schwierigkeiten bei der Erstellung der Festschrift?
KARIN FETZNER: Für die Gliederung habe ich mich an unserem Wahlspruch 'Tradition, Leistung, Innovation: Gymnasium!' orientiert. Das Kapitel 'Tradition' umfasst dabei die letzten fünfzig Jahre. Der Abschnitt 'Leistung' gibt einen Überblick über unsere aktuellen Arbeitsgruppen und Referate, die ebenfalls selbst zu Wort kommen sollten. Die Jungen Philologen und neuere Errungenschaften, wie zum Beispiel die Präsenz des Philologenverbandes in den Sozialen Medien, stehen in der Festschrift für die 'Innovation'. Für alle Bereiche musste ich Menschen finden, die bereit waren, etwas zu schreiben, sie ansprechen und manchmal auch wiederholt

Karin Fetzner
ist verantwortliche Redakteurin von Gymnasium Baden-Württemberg

an die Abgabefrist erinnern. Aus unseren alten Verbandszeitschriften habe ich Texte und Fotos herausgesucht, diese für den Grafiker vorbereitet und selbst auch Artikel geschrieben. Es war vor allem eine riesengroße organisatorische Aufgabe.

GBW: Was waren die schönen Erlebnisse bei dieser mühsamen Arbeit?
KARIN FETZNER: Es gab sehr interessante Telefonate, die zum Teil über eine Stunde gedauert haben, als ich zum ersten Mal bei bestimmten Leuten angerufen habe, die mir viel von früher erzählt haben. Besonders gefreut hat mich, dass mein guter Bekannter - ich sage mal Freund -, der renommierte österreichische Bildungsforscher Professor Konrad Paul Liessmann, ein Grußwort für die Festschrift verfasst hat, einfach so, weil wir uns schon lange kennen. Bei den Politikern musste man da teils etwas intensiver nachhaken, bis der Artikel kam.

Es war auch witzig, alte Beiträge in unseren ehemaligen Publikationen zu finden. Dabei bin ich darauf gestoßen, dass unsere Mitgliederzeitschrift früher 'Schule aktuell' hieß. Man traute sich damals nicht, 'Gymnasium' in den Titel zu nehmen, weil zu dieser Zeit die Gesamtschule politisch als 'modern' propagiert wurde. Erst später, als diese Zeit vorbei war, wurde die Zeitschrift in 'Gymnasium Baden-Württemberg' umbenannt.

Bei der Recherche in den alten Magazinen bin ich auf interessante Artikel gestoßen, die nun in der Festschrift nachzulesen sind. Als Beispiel fallen mir zwei Texte von unserem jetzigen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann ein, der damals Landtagsabgeordneter und bildungspolitischer Sprecher der Grünen war. Er verfasste 1998 zwei Beiträge für unsere bildungspolitische Kolumne 'Thema aktuell', die etwas anders klingen als viele heutige Positionen der Grünen. Letztendlich hat es Spaß gemacht, die vielen Fundstücke aus der Vergangenheit in eine Reihenfolge zu bringen, weil man besser versteht, wie sich manches entwickelt hat.

GBW: Was ist aus deiner Sicht der rote Faden in der 50-jährigen Tradition des PhV BW?
KARIN FETZNER: Der rote Faden, das ist der Wunsch, den Schülerinnen und Schülern so viel Wissen und Können mitzugeben, dass sie in die Lage versetzt werden, mit Erfolg eine hochwertige Berufsausbildung oder ein Studium zu absolvieren, wenn sie unsere Schule durchlaufen haben. Das ist ja unser Auftrag laut Schulgesetz Baden-Württemberg.

GBW: Was geht dir durch den Kopf, wenn du die fertige Festschrift nun vor dir liegen siehst?
KARIN FETZNER: Ich bin allen sehr dankbar, die Texte beigesteuert und sich wirklich unheimlich Mühe gegeben haben. Es ist trotzdem kein vollständiges Bild. Es ist ein Mosaik, bei dem sicherlich noch viele Steinchen fehlen oder ergänzt werden müssten, aber es ist ein Blick auf fünfzig Jahre Philologenverband und fünfzig Jahre Geschichte der gymnasialen Bildung - von verschiedensten Seiten. Die Zusammenstellung ist längst noch nicht vollständig. Da bleibt genug übrig für das 75-jährige Jubiläum.

Das Interview führte Bettina Hölscher

1973 bis 2023 – 50 Jahre Philologenverband Baden-Württemberg

Die Bildungsmisere überwinden – eine Herkulesaufgabe

Auf ein Wort: Ehrenvorsitzender Bernd Saur zum aktuellen Zustand von Schule und Bildung

von **Bernd Saur**
Ehrenvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Verehrte Bildungsinteressierte,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Annahme, nach vierzig Jahren bildungspolitischen Engagements stelle sich im Ruhestand allmählich eine Art Abstumpfung und Distanzierung ein, erweist sich angesichts der ernüchternden Befunde zwangsläufig als unmöglich. Gewiss, manches seit Jahrzehnten gebetsmühlenartig von jeweils interessierter Seite wiederkehrend Vorgetragenes (Kategorie 'Gut gebrüllt, Löwe') beginnt zu langweilen und kann getrost beiseitegeschoben werden.

Geht es jedoch um das Kernproblem, darum, was unsere Kinder lernen bzw. was sie eben nicht lernen und um die Frage der Rahmenbedingungen für alle am Schulleben Beteiligten, so muss man sich verwundert, betrübt, ja verärgert die Augen reiben und sich fragen, ob denn dies alles wahr sein kann. Wahr sein kann im Land der Dichter und Denker, in einer europäischen Kulturnation ersten Ranges, an einem (noch) florierenden Wirtschaftsstandort, von dessen Steuererträgen das gesamte Land und seine Zukunft abhängen. Und wenn der Pensionär eines weiß, dann dies: gemächliches Ausruhen geht nicht. Stillstand bedeutet Rückschritt, ganz besonders im Lichte einer dramatisch beschleunigten weltwirtschaftlichen Dynamik und hoch ambitionierter Konkurrenten.

Lehrkräftemangel – Sparpolitik mit skandalösen Folgen

Mit dieser Binsenweisheit aufs Engste verknüpft ist eine weitere, die ja auch dem Credo – jedenfalls den Lippenbekenntnissen – aller politischen Akteure entspricht: Die Zukunft unseres Landes liegt in den Köpfen unserer Kinder. Ach wirklich? Wer hätte das gedacht? Und jetzt? Weltbeste Bildung fordert seit über einem Jahr die Bundesbildungsministerin. Pardon, wie hieß sie nochmal? Und was hat sie bisher unternommen, um dieses Ziel in den Blick zu nehmen? Denn jetzt kommt der Bruch in der Binsenweisheitskausalkette: Anstatt massiv in die Bildung zu investieren, wird in The Länd seit Jahrzehnten Jahr für Jahr akribisch darauf geachtet, dass auch ja keine Lehrkraft zu viel eingestellt wird. Die Lehrereinstellung ist stets auf Kante genäht. Man erklärt, den Schweinezyklus nicht in den Griff bekommen zu können. Es gebe zu viele Unbekannte. So wird Unterrichtsausfall bewusst in Kauf genommen. Die Forderung des Philologenverbands nach einer 115prozentigen Versorgung und damit Absicherung des Unterrichts wird regelmäßig in den Wind geschlagen.

Nun mag man bestimmte Unbekannte als solche akzeptieren können. Wie massiv der Zustrom von Flüchtlingen, vor allem auch aus der Ukraine, sein würde, war nicht vorhersehbar. Vieles andere ist jedoch sehr wohl vorhersehbar: Wer das Grundschullehramt um zwei Semester verlängert, wird sich nicht darüber wundern wollen, dass ein ganzer Jahrgang an Lehrkräften ausfällt. Klar ist auch, dass ein stetiges Ansteigen des Frauenanteils am Gymnasium zu schwangerschaftsbedingt stärkeren Absenzen führt. Der bei Frauen höhere Teilzeitfaktor tut ein Übriges. Derlei Entscheidungen bzw. Phänomene sind keine Unbekannten. Hierauf muss mit Mehreinstellungen reagiert werden.

Und nun ist das Kind in den Brunnen gefallen, aber so richtig. Wir konstatieren einen massiven Lehrermangel, nicht nur in Baden-Württemberg. Mich wundert es schon lange, dass die Eltern dies mit sich bzw. ihren Kindern machen lassen.

Bezahlen für diese Versäumnisse sollen mal wieder die Lehrkräfte, sie sollen mehr arbeiten und der Teilzeitfaktor soll zurückgefahren werden. Auch an abstrusen Ideen fehlt es nicht: Die Lehrkraft soll die von ihm/ ihr konzipierte Klassenarbeit nicht mehr selbst korrigieren. Dies soll ein(e) ihm/ihr zur Seite gestellte(r) Korrektor(in) erledigen. Ein an Ignoranz nicht zu überbietender Vorschlag.

Angesichts der bevorstehenden Babyboomer-Pensionierungen, eines mageren Lehrkräftenachwuchses (Wer will schon ein »fauler Sack« werden, Herr Schröder?) wird der Lehrermangel noch schlimmere Dimensionen mit katastrophalen Folgen annehmen.

Leistungen der Grundschüler immer schlechter

Nicht weniger schockierend, ja nachgerade skandalös, ist die Tatsache, dass sich die Leistungen unserer Grundschüler immer weiter verschlechtern. Ein großer und wachsender Anteil erfüllt die Mindestanforderungen nicht (Lesen, Zuhören, Schreiben, Rechnen). Gehörten wir früher wie selbstverständlich zur Spitzengruppe unter den Bun- >>

desländern, so sind wir heute nur noch Mittelmaß mit weiter absteigender Tendenz.

Niemand verkennt die Herausforderungen, mit denen sich die Grundschule konfrontiert sieht. Der Abwärtstrend vollzieht sich jedoch seit mindestens fünfzehn Jahren. Das Kultusministerium scheint hilf- und ratlos zu sein. So kann es jedenfalls nicht weitergehen. Mit Nebenkriegsschauplätzen wie der Wiederaufnahme des Modellversuchs 'Grundschule ohne Noten' wird man ja wohl diesem tiefliegenden Problem nicht Herr werden können. Und ja, zu viele Elternhäuser kümmern sich nicht genügend um die Erziehung ihrer Kinder. Es ist schon bemerkenswert, dass immer mehr Kinder nicht mit Messer und Gabel essen können, dass immer mehr Kinder nicht schwimmen können, dass sich die Zahl der rauchenden 14- bis 17-Jährigen verdoppelt hat (von 8,7 Prozent auf 15,9 Prozent). Laut Bundesagentur für Arbeit ist die Zahl der Schulabbrecher stark gestiegen, was angesichts einer enorm ausdifferenzierten Schullandschaft schon verwunderlich ist. Man möchte meinen, da sollte für jede und jeden etwas dabei sein!

Die Misere hat viele Facetten

Viele Lehrkräfte beklagen zunehmend respektloses und egozentrisches Verhalten sowie mangelnde (Selbst-) Disziplin bei ihren Schülern. Wäre dies nicht eigentlich ein originäres Betätigungsfeld für den Landeselternbeirat? Der beschäftigt sich jedoch streitenderweise lieber mit sich selbst (und das gefühlt schon immer) und der Vorsitzende gründet lieber einen Konkurrenzverein zum Landesschulbeirat, den er Landesbildungsrat nennt. Brauchen wir wirklich weitere Gremien, in denen dann dieselben Themen rauf und runter diskutiert werden? Da man in unserem Land manch tabubehaftetes Thema gar nicht erst ansprechen darf, bleiben Defizite und Problemlagen unter dem Teppich. Weil sie ein braves Mädchen ist, muss die Fünftklässlerin ganz hinten sitzen, damit die renitenten Schüler vorne sitzen und vom Lehrer besser in Schach gehalten werden können. Der Lärmpegel ist dennoch so hoch, dass sie akustisch fast nichts versteht. In ihrer Hilflosigkeit erklärt die Lehrkraft, Dinge nur einmal zu erklären. Die brave Schülerin ganz hinten hört es aber nicht. Es ist einfach zu laut in der Klasse. Die Disziplinierung mittels Note (Akt zwei der Hilflosigkeit) trifft sie hart. So kann es nicht gehen, so nicht. So passiert es aber. Auf dem Elternabend diskutieren die Eltern derweil aufgebracht darüber, dass es doch nicht gehe, dass die Kinder eine Dreiviertelstunde lang nicht trinken dürften. Da muss man sagen: Thema verfehlt! Und wenn sich zwei Grundschülerinnen nach dem Unterricht bei der Lehrerin wieder einmal beschweren, dass sie heute wieder nichts gelernt hätten, so scheint das mit der Individualisierung doch nicht so recht zu funktionieren. Vielleicht sollte die Unterrichtsphilosophie der Grundschule einmal gründlich hinterfragt werden. Vielleicht wären eine systematischere Lernzielorientierung (gemeinsame Messlatte), Verbindlichkeit, gezieltes Üben und Anstrengung für alle doch zielführender. Wahrscheinlich vermintes Gelände. Für einen Gymnasiallehrer schon zweimal. Kritisieren verboten.

Auf solches, also auf vermintes Gelände wagte sich der DL-Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger, als er im Januar bei Markus Lanz den hohen und in den letzten zehn Jahren von durchschnittlich dreißig Prozent auf fünfzig Prozent gestiegenen Anteil von Migrantenkindern in den Schulklassen thematisierte (mit Spitzenwerten von über neunzig Prozent). Die Wissenschaft bestätigt, dass dadurch die mittlere Leistung zwangsläufig absinkt, weshalb Meidinger eine Migrantenquote für jede Schulklasse fordert. Prompt brachte ihm das einen Rassismus-Vorwurf in einem Land ein, in dem eine reflexartige Gut-Böse-Schubladisierung zum Mainstream-Maßstab erhoben wurde, unabhängig von Fakten und gesundem Menschenverstand. Gut, dass sich Meidinger von derlei Meinungs-Beugeversuchen nicht beeindrucken lässt. Sein sehr sinnvoller Vorschlag, der darauf abzielt, dass letztendlich jedes einzelne Kind mehr lernt, ist leider aufgrund jeweils spezifischer lokaler Gegebenheiten nicht so leicht und schon gar nicht zeitnah umsetzbar.

Bisherige 'Weiterentwicklungen' offenbar wirkungslos

Und jetzt, zu Beginn des Jahres 2023, nachdem Ministerpräsident Kretschmann seit nunmehr zwölf Jahren im Amt ist, wird der Bildungsnotstand so offensichtlich, dass er den Bildungsbereich zur Chefsache erheben möchte. Und immerhin gebe es ja eine neue Perspektive: Jetzt kommt die 'datenbasierte Qualitätsentwicklung': Schulstatistik, Prüfungsergebnisse, Lernstandserhebungen, Schuldatenblätter und 'Statusgespräche' – all dies sei die Basis für eine Qualitätsentwicklung. Laut Kultusministerin lautet das Credo: »Von Daten zu Taten«. In weiser Voraussicht fügt man hinzu: »Wir brauchen alle einen langen Atem«, und tatsächlich müssen ja zunächst die Schulverwalter und Schulleiter geschult werden, damit man dann im Herbst beginnen kann. Vom langen Atem war vorsorglich auch vor vier Jahren die Rede bei der Zerschlagung unseres Lehrerfortbildungssystems und der Gründung zweier neuer Institute, dem ZSL (Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung) und dem IBBW (Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg). Auch damals hieß es, Ergebnisse seien erst nach vielen Jahren zu erwarten. Nicht wenige Insider gehen indes davon aus, dass nie gesagt werden kann, ob derlei Reformen überhaupt einen Nutzen gezeitigt haben. Und es wären nicht die ersten 'Weiterentwicklungen', von denen rückblickend nurmehr heiße Luft übrig blieb oder die gar rückabgewickelt wurden.

Verwunderlich und fragwürdig

Wenn Kultusministerin Schopper nach Hamburg reist, um sich erklären zu lassen, was man dort im Grundschulbereich besser macht, so sei ihr das unbenommen. Warum aber, so muss sie sich dann fragen lassen, ist sie nicht längst nach Bayern und Sachsen gereist, um zu verstehen, warum diese Bundesländer durchweg ihre Spitzenpositionen halten. Aber so offen der politischen Konkurrenz attestieren zu müssen, dass man Schule und Bildung ganz eindeutig besser kann, das wäre dann doch zu viel verlangt.

Derweil reibt sich der interessierte bildungspolitische Beobachter verwundert die Augen, wenn er nach monatelangen Berichten und Klagen über sich corona- und lockdownbedingt angehäufte Lernlücken eines Tages die Nachricht vernimmt, das Abitur sei besser ausgefallen als jemals zuvor. Wie dies nun wiederum zu interpretieren ist, soll der Phantasie des geneigten Lesers überlassen bleiben.

In die Abteilung ‘Irrungen und Wirrungen’ gehört auch die Nachricht, man habe eine moderne Strategie für renitente, verhaltensauffällige, den Unterricht ständig störende Schülerinnen und Schüler gefunden. Das Zauberwort heißt ‘Selbstregulierung’. Den Betreffenden müsste beigebracht werden, sich selbst im Griff zu haben, sich selbst regulieren zu können. Dies veranlasste mich, in meinem Bücherregal nach dem Buch ‘Lob der Disziplin’ von Bernhard Bueb zu greifen, das 2006 veröffentlicht wurde. Der Autor wurde damals in der Luft zerrissen, sein Petitum als ‘schwarze Pädagogik’ gebrandmarkt. Sich selbst eine gewisse Disziplin aufzuerlegen, diszipliniert zu sein, Selbstdisziplin zu erlernen, den inneren Schweinehund im Zaum halten zu können – keines der Idole unserer Jugend zum Beispiel im Bereich des Spitzensports könnte ohne diese Tugenden die Spitzenleistungen erbringen, für die sie bejubelt werden. Beides meint also exakt dasselbe. Die Semantik macht den Unterschied. Die Verpackung macht Inhaltsgleiches zu Inhaltsverschiedenem. Aber es scheint zu funktionieren. Die Blendung gelingt.

Schule und Bildung: Verantwortung für unsere Kinder

Als ich das Buch in meine Regalabteilung ‘Schule, Erziehung und Bildung’ zurückstellte, fiel mein Blick auf ein weiteres Buch: ‘Ist die Schule zu blöd für unsere Kinder?’ von Jürgen Kaube (2019). Dies ist der wohl provokativste und bissigste Titel im Segment Schulliteratur. Der Titel ist eine Frage. Welche Antwort – so habe ich mir überlegt – können bzw. müssen wir darauf geben?

Das Gesamtsystem Schule ist gehalten und gut beraten, seine klar zu Tage tretenden Defizite zu erkennen, schonungslos zu benennen und alles daran zu setzen, jenseits betriebsblinder Engstirnigkeit und Rechthaberei, jenseits ideologischer und sonstiger Empfindlichkeiten Wege zu finden, um seiner zugegebenermaßen komplexen Aufgabe gerecht zu werden: unseren Kindern all das mitzugeben, was sie für ein gelingendes, selbstbestimmtes, erfolgreiches und erfülltes Leben brauchen. Ein hehrer Anspruch, ich weiß. Doch für unsere Kinder darf uns kein Anspruch zu hoch sein.

50 Jahre PhV bedeuten für mich ...

»Fast alles habe ich miterlebt, da ich 25 Jahre im Landesvorstand des BBW war.«

»Miteinander arbeiten und gemeinsam feiern.«

»Ein starker Verband für ein starkes Gymnasium.«

»Wertschätzung für unsere Arbeit.«

»Qualität fordern, Leistung fördern.«

»Der PhV ist viel älter, bestand aber früher aus vier Verbänden, die erst zu einem starken Landesverband zusammengeführt werden mussten.«

»Teamwork ist wichtig.«

»Und immer noch neu und immer noch jung!«

»Ich habe mich gefreut, so viele nette Menschen zu treffen.«

»Eine qualitativ hochwertige Bildung.«

»Immer dieselben Kämpfe, die Inhalte bleiben relevant: Qualität mus erhalten bleiben und dafür müssen sich die Rahmenbedingungen verbessern.«

»Wir bleiben dran, die nächsten 50 Jahre werden noch besser.«

»Die schönen Dinge erfreuen das Herz und die Seele.«

»Es ist ein langer Weg, über Schulvertreter, Regionalvertreter, Bezirksvertreter, Öffentlichkeitsarbeit, Landesvorstand, Pressearbeit, Verbandszeitschrift immer für den PhV.«

»Ich verdanke dem PhV auch meine schulische Karriere.«

»Meine bildungspoltische Heimat.«

»Ich bin fast so alt wie der PhV und ich ärgere mich, dass ich erst so spät eingetreten bin.«

»Eine feierliche Stimmung, die wirklich besonders war.«

»Brilliante Redebeiträge heute Abend, haben mich beeindruckt.«

»Die Gewissheit, ich bin hier richtig.«

Statements zusammengestellt von Anne Käßbohrer

Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR

Jörg Sobora, Vorsitzender | Andrea Pilz, Vorstandsmitglied | Ralf Scholl | Ursula Kampf, stellvertr. Vorsitzende | Anne-Elise Kiehn | Martin Brenner

Anne Käßbohrer | Cord Santelmann | Christian Unger | Björn Sieper | Stefanie Wölz | Konrad Oberdörfer

Für Sie im HPR außerschulischer Bereich

Michael Belz

Der PhV im HPR und HPR asB

phv BW Philologenverband Baden-Württemberg

Konventionelles A 14-Beförderungsverfahren im Oktober 2023

Für Studienrätinnen und Studienräte sowie für Lehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen bestehen im konventionellen Beförderungsverfahren ab 1. Oktober 2023 insgesamt 110 Beförderungsmöglichkeiten, die sich wie folgt auf die Regierungspräsidien verteilen:

Regierungspräsidium Stuttgart:	35
Regierungspräsidium Karlsruhe:	27
Regierungspräsidium Freiburg:	25
Regierungspräsidium Tübingen:	23

Ab 1. Oktober 2023 können Lehrkräfte mit folgender Beurteilung befördert werden:

1. Für die Beförderungsjahrgänge bis einschließlich 2004 Lehrkräfte mit mindestens guter Beurteilung.
2. Für die Beförderungsjahrgänge 2005 bis einschließlich 2008 Lehrkräfte mit mindestens sehr gut bis guter Beurteilung.
3. Für den Beförderungsjahrgang 2009 in den Privatschul- bzw. Auslandsdienst beurlaubte Studienrätinnen und Studienräte mit sehr guter Beurteilung.

Die elf Beförderungsmöglichkeiten für beurlaubte Studienrätinnen und Studienräte (im Privat- oder Auslandsschuldienst) werden auf Basis der in den geöffneten Beförderungsjahrgängen und Notenstufen für eine Beförderung in Betracht kommenden beurlaubten Studienrätinnen und Studienräte wie folgt verteilt:

Regierungspräsidium Stuttgart:	1
Regierungspräsidium Karlsruhe:	5
Regierungspräsidium Freiburg:	3
Regierungspräsidium Tübingen:	2

Insgesamt muss man allerdings wieder sagen, dass viel mehr Lehrkräfte die vom Kultusministerium veröffentlichten Kriterien erfüllen, als Beförderungsstellen zur Verfügung stehen. Das heißt, nicht alle Lehrkräfte können befördert werden.

Einschränkungen der Teilzeitmöglichkeiten aus sonstigen Gründen durch das Kultusministerium sowie Änderungen beim Freistellungsjahrmodell

Das Kultusministerium plant, ab dem Schuljahr 2024/2025 die Teilzeitmöglichkeiten aus sonstigen Gründen einzuschränken.

Mehr als 14 000 Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten arbeiten derzeit in ‘voraussetzungsloser Teilzeit‘. Rund 4000 Lehrkräfte davon arbeiten mit einem Umfang von weniger als siebzig Prozent. Das Kultusministerium wird ab dem Schuljahr 2024/2025 eine ‘voraussetzungslose Teilzeit‘ nur noch mit einem Umfang von mindestens 75 Prozent ermöglichen.

Für Lehrerinnen und Lehrer gibt es außerdem die Möglichkeit, ein ‘Freistellungsjahr‘ zu beantragen. Dabei können Lehrkräfte beispielsweise zwei Jahre lang für 2/3 ihres Gehaltes arbeiten. Im dritten Jahr bekommen sie weiterhin 2/3 ihres Gehaltes, werden aber freigestellt. Dies ist auch mit anderen Laufzeiten wie vier, fünf oder noch mehr Jahren möglich. Etwa 950 Lehrkräfte aller Schularten befinden sich aktuell in einem Freistellungsjahr. Das Kultusministerium wird ab dem Schuljahr 2024/2025 die Möglichkeiten für ein Freistellungsjahr anpassen. Künftig wird es erst nach fünf Jahren im Dienst möglich sein, ein Freistellungsjahr zu beantragen. Das Kultusministerium wird einen erneuten Antrag auf ein weiteres Freistellungsjahr – also den Beginn einer weiteren Ansparphase – erst fünf Jahre nach einem in Anspruch genommenen Freistellungsjahr ermöglichen.

Quelle: Broschüre des KM ‘18 Maßnahmen für die Unterrichtsversorgung‘, S. 6f

Der HPR hat sich entschieden gegen die Einschränkung der Teilzeitmöglichkeiten aus sonstigen Gründen und die neuen Auflagen für die Gewährung von Teilzeit nach dem Freistellungsjahrmodell ausgesprochen. Ein Element, das den Beruf der Lehrkraft attraktiv macht, wird hier mit Fü-

ßen getreten. Am Ende wird das KM mehr Porzellan zerschlagen als Lehrerwochenstunden gewonnen haben.

Außerdem hat sich der HPR Gymnasien ebenfalls vehement gegen die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Referendarinnen und Referendare im zweiten Ausbildungsabschnitt ab dem Vorbereitungsdienst 2024 ausgesprochen. Dies ist eine Maßnahme, die die Ausbildungsqualität nicht unbedingt steigern wird, bedeutet doch eine Stunde mehr Deputat ein Vielfaches an Vorbereitungszeit und Korrekturaufwand. Das Referendariat ist ohnehin schon sehr stressig und braucht nicht noch mehr Belastungen. Der Wegfall der schriftlichen Dokumentation einer Unterrichtseinheit kann wohl nicht als angemessener Ausgleich bezeichnet werden. Leider hatte der HPR Gymnasien mit seinem Protest keinen Erfolg.

Zentrale Erhebung des IBBW im Rahmen der Pilotierung der Ziel- und Leistungsvereinbarungen bzw. des schulischen Datenblattes

Den Schulleitungen der an der Befragung teilnehmenden Schulen wurden vom KM/IBBW im Vorfeld Beispielfragebögen zugeleitet, die sie den potenziell betroffenen Lehrkräften hätten zukommen lassen sollen. Ebenso sollte Raum für eine Besprechung gegeben werden. Dies ist in einigen Schulen so wohl nicht erfolgt, und viele Lehrkräfte waren dann berechtigterweise überrascht, was, wie und mit welchem Zweck abgefragt wurde.

Außerdem hätten die schulischen Gremien und der ÖPR zumindest informiert werden sollen und die GLK hätte einer solchen freiwilligen Teilnahme der Schule am ganzen Projekt zustimmen sollen. Auch dies ist offensichtlich in einigen Fällen unterblieben.

Im HPR haben wir schon seit Beginn des Pilotprojekts ‘Schulbezogenes Datenblatt’, in dessen Rahmen die zentrale Erhebung erfolgt, damit zu tun. Beschwerden von betroffenen KuK machten den HPR darauf aufmerksam, welche Probleme mit der Erhebung verbunden sind. Der HPR konnte erreichen, dass die Schulleitung im Rahmen des Datenschutzes und einer unzulässigen Verhaltens- und Leistungskontrolle nicht die Ergebnisse der einzelnen Lehrkraft bekommt. Es dürfen also nur aggregierte Schülerdaten über alle Schülerinnen und Schüler einer Klassenstufe hinweg weitergegeben werden.

Außerdem gibt es nach Auffassung des HPR Gymnasien eine Reihe von Fragen, deren Sinn Sechst- oder Achtklässler gar nicht erfassen bzw. richtig beantworten können. Selbst Erwachsene wissen bei einigen Fragen gar nicht, was konkret angekreuzt werden muss, um eine bestimmte Aussage auszudrücken. Die Verknüpfung von Wohlbefinden und Unterrichtsqualität ist ebenfalls problematisch. Ob wir an den eigentlichen Fragen noch Änderungen erreichen können, ist offen. Zumindest wollen wir es versuchen. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Schülerfeedback, aber ob die hier durchgeführte Erhebung zweckmäßig und sachgerecht ist, ist zumindest zu hinterfragen.

Leider wird die Erhebung im Prozess der ZLV dann verpflichtend sein. Der HPR Gymnasien hatte dem Prozess der ZLV nicht zugestimmt. Dann ging es in eine Einigungsstelle, die festgestellt hat, dass der HPR Gymnasien bei diesem Prozess (ZLV) nicht beteiligt werden muss. Es wurde aber trotzdem vereinbart, dass das KM eine Begleitgruppe einrichten wird, an der auch der HPR Gymnasien teilnimmt. Diese Begleitgruppe soll Anregungen für die Schaffung des rechtlichen Rahmens für den Prozess der ZLV geben und den Prozess selbst kritisch begleiten. Deshalb können wir dort dann auch Bedenken und Rückmeldungen aus der Praxis einbringen. **Jörg Sobora**

Wer führt eigentlich die Dienst- und Fachaufsicht über das ZSL?

Vor der Umstrukturierung im Kultusministerium war alles soweit klar. Die für das ZSL und IBBW zuständige Stabsstelle ZI war direkt dem Ministerialdirektor unterstellt und damit war auch die Dienst- und Fachaufsicht quasi ‘Chefsache’ *(Anm. d. Red.: ‘ZI’ war die offizielle Bezeichnung der Stabsstelle. Z stand für ZSL und I für IBBW)*. Mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stabsstelle standen kompetente Ansprechpartner in allen Fragen rund um das ZSL bzw. IBBW zur Verfügung.

Seit dem erfolgten Neuzuschnitt der Abteilungen am KM und der damit einhergehenden Abschaffung der Stabsstelle ZI war zunächst unklar, welche Abteilung bzw. welches Referat die Aufgaben übernehmen würde. Auch nach intensivem Studium des Organisationsplanes des KM war die Fragestellung nicht zufriedenstellend zu klären. Grund genug für den HPR asB, hier einmal direkt beim Ministerium nachzufragen.

Etwas überraschend die Antwort: Die Dienst- und Fachaufsicht werde abteilungsübergreifend von den jeweils zuständigen Referaten ausgeübt. Das bedeutet in letzter Konsequenz, dass eigentlich keine Person mehr »den Hut aufhat«. Wir werden mit Interesse verfolgen, ob das so auch funktionieren wird.

Wahlvorstand bestellt

Für die voraussichtlich am 2. Juli 2024 stattfindenden Wahlen zum HPR asB ist es erfreulicherweise gelungen, frühzeitig einen Wahlvorstand gemäß §1 LPVGWO zu bestellen. Den Vorsitz übernimmt als Beamtenvertreter Wolfgang Müller vom SSA Karlsruhe. Als Stellvertreter wurde Johannes Ruckenbrod ebenfalls vom SSA Karlsruhe gewählt. Die beiden werden vom Arbeitnehmervertreter Martin Hug (Heimsonderschule Stegen) unterstützt. Durch die frühzeitige Bestellung des Wahlvorstandes hofft der HPR asB, dass Probleme wie sie zum Beispiel noch bei der Wahl zum BPR ZSL aufgetreten sind, bis zur Wahlausschreibung gelöst werden können. Herr Ministerialdirektor Hager-Mann hat in dieser Frage seine volle Unterstützung zugesagt.

Michael Belz

Thema aktuell

heute: Die Grünen

Schule 4.0 – Lernen für die Zukunft

von **Thomas Poreski, MdL**

Das Gymnasium erlebt – so wie die gesamte Bildungswelt – herausfordernde Zeiten: Die Welt steckt inmitten multipler Krisen in einer hochdynamischen Transformation. Diese reicht von KI bis hin zur klimaverträglichen Industrie 4.0 und auch wir können uns ihr nicht entziehen.

Die Schülerinnen und Schüler von heute gestalten die Welt von morgen – und wir haben die Verantwortung, sie darauf vorzubereiten. Im Hier und Jetzt bedeutet das, dass wir alte Paradigmen überwinden und mutig neue Wege beschreiten müssen.

Deeper Learning statt Bulimielernen: Verstehen statt Reproduzieren

Das so genannte Bulimielernen ist in der Schule des Jahres 2023 noch immer bittere Realität. Wir alle wissen, dass ein Übergewicht an Auswendig- und Faktenlernen ein Teil der Misere des deutschen Schulsystems ist – Prof. Andreas Schleicher, Leiter der PISA-Studien der OECD, weist seit Jahren darauf hin. Deshalb setzen wir, flankiert von einem reflektierten Einsatz digitaler Medien, auf ‘Deeper Learning’ und damit den Sprung in die Welt des Verstehens!

Wissen ist ein Puzzle, das zusammengefügt werden möchte, ein Baum mit starken Wurzeln, auf dem die Zweige des Verständnisses wachsen. Indem wir die Schüler*innen anleiten, selbst zu entdecken, selbst zu erfahren, Fragen zu stellen und eigenständig Antworten zu finden, machen wir sie zu lebenslang Lernenden.

Future Skills statt Detailversessenheit: Fit für eine ungewisse Zukunft

Die Varianten verschiedener Tiergebisse, die Feinheiten barocker Dichtkunst oder die Kriege im alten Griechenland sind interessant. In der Ära sich rasant entwickelnder KI-Anwendungen sind sie nicht mehr als jederzeit abrufbare Anekdoten.

Wir stehen vor einer Flut an Veränderungen. Damit unsere Schülerinnen und Schüler darin nicht ertrinken, brauchen sie neben einem soliden Wissensfundament insbesondere die sog. Future Skills – allen voran Kommunikation, Kollaboration, Kreativität, kritisches Denken und Problemlösungskompetenz. Diese Schlüsselkompetenzen ermöglichen eine sichere Navigation durch die stürmischen Gewässer des Lebens. Sie befähigen uns offene Situationen konstruktiv und erfolgreich zu gestalten.

Neues Betriebssystem für den Bildungsplan: Tiefes Verständnis statt Overload

Der Umgang mit dem Bildungsplan darf sich nicht im Abarbeiten von Stoffbergen verlieren. Es ist Zeit für ein Update: Mehr Klasse statt Masse, tiefes Verständnis statt Reproduktion. Das ist das Erfolgsgeheimnis vieler erfolgreicher preisgekrönter Schulen im In- und Ausland.

Statt die Lernenden mit endlosen Stoffmengen zu belasten, müssen wir ihre Neugier wecken und ihre Begeisterung für Wissen und die Welt entfachen. Indem wir den Lehrkräften, die vielfach auch unter der ‘prüfungsrelevanten’ Stofffülle leiden, Ermöglichungsräume verschaffen und Schüler*innen Zeit für die Aneignung von Methodenwissen und für vertieftes fächerübergreifendes Lernen geben, ebnen wir Pfade in eine erfolgreiche und nachhaltig lebenswerte Zukunft.

Inklusion und Diversität: Für eine bunte Lernwelt

Konstruktiv gestaltete Diversität ist eine Superkraft – und nicht nur in Unternehmen ein entscheidender Erfolgsfaktor für das 21. Jahrhundert. Sie bereichert den Unterricht, eröffnet Perspektiven und formt empathische Weltbürgerinnen und Weltbürger. Es ist Zeit, an unseren Schulen diese Kraft zu nutzen, um das Miteinander und damit die Basis gesellschaftlichen Zusammenhalts zu stärken.

Eine zukunftsfähige Schule ist ein Ort des Miteinanders, des Respekts und der Vielfalt. Inklusion bedeutet, dass alle Schülerinnen und Schüler, ungeachtet ihrer individuellen Herausforderungen oder Herkunft, die Chance haben, ihr volles Potenzial zu entfalten. Jeder junge Mensch hat das Recht auf ein optimales Lernangebot. Dafür brauchen wir mehr individuelle Lern- und Entfaltungsräume.

Lernen für das Leben: Spaß ergibt Sinn

Eine Schule ohne Spaß ist wie ein Fisch ohne Wasser. Wellbeing gilt in der Bildungsforschung als veritabler Erfolgsfaktor. Lebendigkeit und Freude, Wohlbefinden und Gesundheit sind Grundbedingungen für starke Leistungen und für nachhaltigen Lernerfolg. Wenn der Schulalltag ein Abenteuerland des Wissens ist, entsteht Selbstwirksamkeit – und alle profitieren davon. Die Erinnerung an eine gute Schulerfahrung bleibt ein Leben lang – und macht Lust auf den Beruf als Lehrkraft.

Das Gymnasium 4.0 ist eine Schule, die das Herz für Bildung und die Augen für die Chancen von morgen weit öffnet!

>> G9-Unterschriftensammlung in Tübingen: *v.l.n.r.:* Katja Santelmann, Cord Santelmann, Kerstin Rapp

Unterschriftensammelaktionen in Tübingen und Heidenheim

Landesweit sammelt die Eltern-Initiative 'G9 jetzt!' Unterschriften für den G9-Volksantrag, mit dem flächendeckend die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 an den allgemeinbildenden Gymnasien in Baden-Württemberg eingeführt werden soll. Auch in Tübingen und Heidenheim fanden Sammelaktionen statt.

Informationen zum G9-Volksantrag findet man unter
https://g9-jetzt-bw.de/

Am Samstag, den 19. Juni 2023 haben G9-Aktivisten in der Tübinger Innenstadt Unterschriften für den G9-Volksantrag gesammelt. Innerhalb weniger Stunden wurden viele Formulare ausgefüllt. Sie werden arbeitsteilig bei den Meldeämtern bestätigt und dann an die Sammelstelle des Volksantrags weitergeleitet.

Bei den Sammelaktionen ergaben sich intensive Gespräche über die G9-Frage und das Bildungssystem insgesamt. Das Anliegen des G9-Volksantrags stieß auf großes Interesse, kritische Stimmen hörte man selten.

Am Samstag, den 9. Juli 2023 wurden Unterschriften am Rande des Landesparteitags der FDP gesammelt. Hier kamen in kurzer Zeit fast 100 Unterschriften zusammen. Die FDP-Landtagsfraktion hatte sich schon zuvor geschlossen zu G9 bekannt, auf dem Landesparteitag stand das Thema ebenfalls auf der Tagesordnung.

Bis November 2023 können noch Unterschriften gesammelt werden.

Cord Santelmann

>> Rut Mecking sammelte Unterschriften am Rande des FDP-Landesparteitags in Heidenheim

Vorankündigung:

Wahl der PhV-Arbeitnehmervertretung und -stellvertretung auf Landesebene und Bezirksebene

Demnächst werden die Wahlen der PhV-Arbeitnehmervertretung BW (eine Person) und -stellvertretung BW (eine Person) auf Landesebene und die Wahlen der PhV-Arbeitnehmervertretung (eine Person) und -stellvertretung (eine Person) in jedem der vier Regierungsbezirke Nordbaden, Südbaden, Nordwürttemberg und Südwürttemberg als Briefwahlen stattfinden.

Wahlberechtigt sind alle PhV-Mitglieder, die im Arbeitnehmerverhältnis an einer staatlichen oder privaten Schule beschäftigt sind.

Für die oben genannten Wahlen kandidieren können alle PhV-Mitglieder, die an einer staatlichen oder privaten Schule beschäftigt sind oder sich im Ruhestand befinden. Passives Wahlrecht haben also auch Beamtinnen und Beamte.

Bitte aktualisieren Sie Ihren persönlichen Status in der PhV-Mitgliederverwaltung im internen Teil der PhV-Homepage*, falls sich etwas geändert hat: zum Beispiel Ihre Kontaktdaten, Ihre Arbeits- bzw. Dienststelle, Ihr Deputatsumfang, Beginn oder Ende einer Beurlaubung, Eintritt in den Ruhestand.

Ursula Kampf, Fachbereich Arbeitnehmer-Lehrkräfte/ Tarif Philologenverband Baden-Württemberg

* https://intern.phv-bw.de

Wichtig: Mitteilung Ihrer aktuellen E-Mail-Adresse an den PhV BW

Liebe PhV-Mitglieder,
auch der Philologenverband Baden-Württemberg wird immer digitaler: Damit Sie die aktuellen Informationen, Materialien und Serviceangebote des PhV BW erhalten, benötigen wir eine E-Mail-Adresse von Ihnen!

Wenn Sie noch nie oder in letzter Zeit keine E-Mail vom PhV BW erhalten haben, schicken Sie doch bitte einfach eine E-Mail mit Ihrem Namen an info@phv-bw.de!

Sie können Ihre aktuelle E-Mail-Adresse im internen Mitgliederbereich der PhV-Homepage unter https://intern.phv-bw.de/ nach dem Login mit Ihren Zugangsdaten in der Rubrik 'Mein Konto' selbst überprüfen. Ist dort keine oder eine veraltete E-Mail-Adresse hinterlegt, können Sie diese unter 'Kommunikationsart' selbst ändern. Bitte vergessen Sie dabei nicht, anschließend unten auf der Seite auf 'Speichern' zu klicken!

Bei Fragen oder Problemen können Sie sich jederzeit an die PhV-Landesgeschäftsstelle wenden - am einfachsten direkt per E-Mail an info@phv-bw.de.

Vielen Dank und beste Grüße
Ralf Scholl
PhV-Landesvorsitzender

Foto: Lumeez/peopleimages.com/AdobeStock

Wissensrückstände nachholen, Unterrichtsinhalte vertiefen

Landesmedienzentrum Baden-Württemberg bietet digitale Lernportale kostenfrei an

Mit wenigen Klicks können Lehrkräfte und auch Schülerinnen und Schüler kostenfrei auf Lernanwendungen zugreifen. Die Lernportale 'ANTON' und 'Diagnose und Fördern' unterstützen dabei, die pandemiebedingt entstandenen Lernrückstände auszugleichen. Zu erreichen sind die digitalen Lernangebote über die Bildungsmediathek SESAM.

Lernportale kostenlos über die SESAM-Mediathek nutzen

Lehrkräfte aus Baden-Württemberg können erprobte Lernanwendungen von Lernmedienanbietern kostenfrei über die Bildungsmediathek **SESAM** nutzen, für die ihre Schule sonst erhebliches Budget hätte aufbringen müssen. Unterstützt wird dieses Angebot durch das Förderprogramm **'Lernen mit Rückenwind'**.

Lehrkräfte, die bereits bei SESAM registriert sind, können die Angebote bequem über das sogenannte 'Single-Sign-On'-Verfahren nutzen. Dies bedeutet, die Eingabe des Passworts ist nur beim Login in SESAM nötig. Lehrkräfte finden die Angebote nach erfolgter Anmeldung über die SESAM-Startseite oder über die Suchfunktion der Mediathek.

Ein Teil des Angebots steht bereits heute auch für Schülerinnen und Schüler zur eigenständigen Nutzung zu Hause kostenfrei zur Verfügung.

Umfassende Informationen zu den Lernportalen, der Registrierung in SESAM und der Verwendung der Lernportale finden Sie hier:
https://kostenlose-lernportale.de

ANTON – die Lern-App von der Vorschule bis zum Abitur

Die Lern-App 'ANTON' bietet ein großes Spektrum an Lern- und Fördermaterialien. Vielen Lehrkräften ist sie vor allem durch den Einsatz in der Unter- und Mittelstufe bekannt. Für die Klassenstufen 1-10 finden sich für viele Fächer alle lehrplanrelevanten Inhalte. Einige der Materialien können auch gut zu Prüfungsvorbereitungen genutzt werden. In einzelnen Fächern wie Mathematik, Biologie und Deutsch reicht das Angebot bis in die Sekundarstufe II. Gerade für jüngere Schülerinnen und Schüler hat die Lernanwendung einen hohen Motivationswert, da sie mit unmittelbaren Rückmeldungen und einem Belohnungssystem den individuellen Lernfortschritt begleitet und sichtbar macht.

Schulen, die bereits eine Schullizenz erworben haben, haben die Möglichkeit, zur kostenfreien Lizenz zu wechseln. Hier spart die Schule bares Geld.

Diagnose und Fördern – Lernstanddiagnosen sowie Lern- und Fördermaterial in der Sekundarstufe I

'Diagnose und Fördern' des Cornelsen-Verlags enthält für die Fächer Mathematik, Deutsch, Englisch und Französisch eine umfassende Sammlung von Lern- und Fördermaterialien. Diese bestehen immer aus Erklärvideos und interaktiven Übungen und enthalten häufig auch zusätzlich Infotexte, Lexikoneinträge und Probeklassenarbeiten. Lehrkräften steht neben dem Lern- und Förderangebot zusätzlich eine Diagnosefunktion auf der Lernanwendung zur Verfügung. Mithilfe dieser Kombination aus Lernstanddiagnose und passendem Fördermaterial können Lehrkräfte den Lernstand aller Schülerinnen und Schüler einer Lerngruppe differenziert erfassen und den Lernfortschritt gezielt begleiten.

Verena König

... Volker Stich

... Christian Jung (FDP)

... Winfried Kretschmann

... Andreas Stoch (SPD)

... die SPD und Ralf Kusterer (DPolG)

... Joachim Weschbach (Vorsitzender bbw jugend)

... Dorothea Kliche-Behnke (SPD)

... Kai Rosenberger

Abitur, quo vadis?

Am 28. Juli 2023 tagte der Bildungspolitische Arbeitskreis (BAK) in der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart zum Thema: **Abitur, quo vadis?** Es wurden die Ergebnisse der Klausurtagung in Pforzheim diskutiert und weiterentwickelt. Dabei wurden wesentliche Bestimmungen des Abiturs in Baden-Württemberg (allgemeinbildendes Gymnasium und berufliche Gymnasien) miteinander verglichen und auch der Blick nach Bayern und Rheinland-Pfalz geöffnet. Bayern geht in seinem neuen Abitur einen interessanten Weg, bei dem Mathematik und Deutsch als Prüfungsfach durch eine zusätzliche Naturwissenschaft bzw. Fremdsprache substituiert werden können. Dabei handelt es sich um einen KMK-konformen Ansatz.

Obwohl Basiskompetenzen in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch elementar für die weitere berufliche Zukunft bzw. für die Studierfähigkeit der Schülerinnen und Schüler sind, waren sich die BAK-Mitglieder nach längerer Diskussion einig, dass es nicht mehr zurück zur starren Verpflichtung dieser Fächer als Pflichtfächer für das schriftliche Abitur gehen kann. Der BAK macht es sich zur Aufgabe, nach best practice-Beispielen in anderen Bundesländern und auch anderen Ländern zu schauen. Erfahrungsberichte von Alexander Brand, der als Bildungsjournalist mehrere Monate in bildungsstarken europäischen und asiatischen Ländern recherchiert hat, können hier hilfreich sein. Er könnte bei einer passenden Veranstaltung eventuell als Referent gewonnen werden.

Die Frage nach der Anzahl der zu belegenden Kurse auf erhöhtem Niveau wurde ebenfalls kontrovers diskutiert. Vorteile ergeben sich bei zwei Kursen auf erhöhtem Niveau in der Fokussierung für Schülerinnen und Schüler, die ihren Berufswunsch schon klar vor Augen haben und in der größeren Stundenzahl, die dann unter anderem für die Stärkung der Gesellschaftswissenschaften verwendet werden könnten. Allerdings spricht auch das größere Kursangebot, das eine Schule damit machen kann, eher für die Beibehaltung von drei Fächern auf höherem Niveau, sodass es bei den Diskussionsteilnehmern keine einheitliche Präferenz für die eine oder andere Variante gab.

Die Frage nach der Anzahl der schriftlichen und mündlichen Prüfungsfächer wurde ebenfalls kontrovers diskutiert. Hier sind natürlich die aktuellen Entwicklungen, Chat GPT betreffend, einzubeziehen *(siehe zum Beispiel auch: Spiegel Artikel: 'Die Renaissance des Mündlichen' in Nr. 6/2023)*.

In der bildungspolitischen Diskussion bringen die Grünen in Baden-Württemberg die nicht wirklich neue Idee des 'Abiturs im eigenen Takt' wieder ins Spiel. Bislang ist dies nicht KMK-konform, aber beispielsweise Niedersachsen möchte dies ändern. Hier sind sich die Mitglieder des BAK einig, dass dieses Konzept nicht zielführend sein kann. Die hohe Anzahl an Unterrichtsstunden insbesondere in der Mittelstufe wäre dadurch nicht verändert. Alle Argumente sprechen für ein echtes G9 und keine Dehnung der Oberstufe auf maximal vier Jahre. Weitere BAK-Sitzungen sind nötig, um ein gutes Konzept für erfolgreiche Veränderungen im baden-württembergischen Abitur zu formulieren und zu diskutieren.

Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die engagierte bildungspolitische Diskussion zu Beginn der Sommerferien und freuen uns auf die künftigen BAK-Sitzungen. Interessierte können sich schon den Termin im nächsten Jahr als 'Save the date' vormerken. Nächster BAK in den Sommerferien: Freitag, 26. Juli 2024 von 10:00 bis 14:00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart.

Andrea Pilz und **Stefanie Wölz**
Referat Bildungspolitik

>> **Die Teilnehmenden am Bildungspolitischen Arbeitskreis: Christian Unger und Thomas Schwan *(online)*, Martina Scherer, Andrea Pilz, Ralf Rohrschneider, Wolfgang Buhmann *(hinten)* und Karin Fetzner sowie Stefanie Wölz *(vorne)***

Wahlaufruf der JuPhi

Wie auf allem Ebenen im Verband stehen dieses Jahr auch bei den **JuPhi** *(alle Kolleginnen und Kollegen bis zum vollendeten 42. Lebensjahr)* in den Bezirken und auf Landesebene **Neuwahlen** an.

Zu besetzen sind auf Bezirksebene jeweils eine Vorsitzende/ein Vorsitzender und eine Stellvertreterin/ein Stellvertreter. Die **Wahl** dazu findet per **Brief** Anfang Oktober statt (weitere Modalitäten dazu erhalten alle JuPhis im Land per Mail).

Im Dezember werden zudem von den neuen JuPhi-Bezirksvorsitzenden der/die neue Landesvorsitzende der Jungen Philologen und die Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter gewählt. Dies findet im Rahmen der JuPhi-Klausur am 9. Dezember 2023 statt, bei der die Kandidatinnen und Kandidaten die Möglichkeit haben, sich persönlich vorzustellen.

JuPhi, die für eines dieser Ämter auf Bezirks- oder Landesebene kandidieren möchten bzw. grundsätzliches Interesse daran haben, bitte ich um eine **Bewerbung und schriftliche Kurzvorstellung** an den Leiter der PhV-Landesgeschäftsstelle, Steffen Kottmann (steffen.kottmann@phv-bw.de), bis zum **4. Oktober 2023!**

Bei Rückfragen zu Aufgaben und Tätigkeiten als JuPhi-Bezirks- oder Landesvorsitzende/-vorsitzender stehe ich gerne zur Verfügung: Laura.schoenfelder@phv-bw.de

Die PhV-Schulvertreterinnen und PhV-Schulvertreter bitte ich darum, die JuPhi-Mitglieder in ihrem Kollegium auf diese Wahlausschreibung aufmerksam zu machen.

Herzliche Grüße
Laura Schönfelder
JuPhi-Vorsitzende Baden-Württemberg

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,– Euro und für ein Jahresabonnement 18,– Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:
Schriftleiter: Enver Groß *[E.G.]* | enver.gross@phv-bw.de | Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg
Redaktionsteam:
Sabine Grobe *[S.G.]* | Helmut Hauser *[H.H.]* | Bettina Hölscher *[HL]* | Edelgard Jauch *[E.J.]* | Anne Käßbohrer *[A.K.]* | Richard Zöller *[R.Z.]*

Herausgeber:
Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart | Tel.: 0711 2396250 | Fax: 0711 2396277 | info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:
Pädagogik & Hochschul Verlag | dphv-verlagsgesellschaft mbh | Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf | Tel.: 0211 3558104 | Fax: 0211 3558095
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Weitere Hinweise zur Beitrittserklärung *(s. Umschlagseite 4)*

Hinweise zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gebe ich entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DSGVO die Einwilligung durch meine Unterschrift. Alle anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten werden vom PhV für die Verwaltung der Mitgliedschaft auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DSGVO erhoben. Darüber hinaus können die Daten Name, Vorname, Fachkombination, Adresse, Telefon und E-Mail für die Suche und Kommunikation der PhV-Mitglieder untereinander (im passwortgeschützten Mitgliederbereich intern.phv-bw.de) verwendet werden.

Anmerkung: Auf der internen Webseite können Sie unter 'Mein Konto' Ihre Daten verwalten und die suchbaren Einträge einschränken. Für jede weitergehende Nutzung Ihrer Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es Ihrer Einwilligung.

Datenschutzregelung zum Newsletterversand: Im Rahmen unseres Newsletters verarbeiten wir als Daten lediglich die vom Abonnenten angegebene E-Mail-Adresse. Diese wird in diesem Zusammenhang nicht mit weiteren personenbezogenen Daten (Name o. Ä.) verbunden, nur für den Newsletterversand verwendet und nicht an Dritte weitergegeben. Rechtsgrundlage des Newsletterversands ist Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO (Datenschutzgrundverordnung). Die Mailadresse wird nur für die Dauer des Newsletterbezugs gespeichert und bei Beendigung des Abos gelöscht. Das Newsletterabo kann jederzeit widerrufen werden: Jede Newsletter-Mail enthält einen Link, mit dem Sie mit einem schnellen Klick einzelne Newsletter bestellen oder abbestellen können, sowie einen Link zum einfachen Abbestellen sämtlicher Newsletter.

Auszug aus den ab 1. Januar 2022 geltenden Beiträgen (Beiträge pro Monat)						
Staffelbeiträge*	unter A 13/E 14	17,55 Euro	A 13/E 14	20,64 Euro		
* Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	A 14/E 15	22,50 Euro	A 15/E 15Ü	25,18 Euro	A 16 und darüber	27,87 Euro
Feste Beitragssätze	Studenten	0,00 Euro	Referendare	4,13 Euro	Pensionäre	10,32 Euro

Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer, PLZ Ort *Geb.-Datum*

Telefon *E-Mail* ☐ Ich wünsche den PhV-Newletter (kostenlos)

Status (bitte genaue Angaben):

☐ Beamter/in, Amtsbezeichnung A ☐ Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E ☐ Studienreferendar/in ☐ Student/in

Dienststellung (StR, ...) *Fächerkombination* *Deputat in Wochenstunden*

Schulname, Schulort

SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, fällige Forderungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von sechs Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

IBAN D E

BIC

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7 (2) der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Quartals mit sechswöchiger Kündigungsfrist möglich ist.

Ort, Datum *Unterschrift*

Unter **https://phv-bw.de** finden Sie alle Informationen zum *Datenschutz* unter **–> Datenschutz**. Alle Infos zur *Mitgliedschaft* finden Sie unter **–> Mitgliedschaft**. Hier können Sie auch die *Beitrittserklärung als ausfüllbares PDF-Formular* herunterladen.